Ausgabe 3/2019

# JULIMAGAZIN

## Interview-Special-Ausgabe

## Drei Generationen, eine Farbe –
**Drei Landesvorsitzende über die JuLis NRW im Zeitverlauf**

## „Zu fragen, wie man die Welt verändert, hat auf Social Media keinen Sinn“ –
**Wie Digitalisierung unsere Kommunikation verändert**

## Atomkraft, Kultursubventionen und Verbeamtung von Lehrern –
**Drei klassische Themen in der Diskussion**

stockadobe.com © Ingo Bartussek

liberaler mittelstand
Nordrhein-Westfalen

# MITTELSTAND GESTALTEN

Werde aktiv und Mitglied im Liberalen Mittelstand Nordrhein-Westfalen. Gestalte gemeinsam mit Unternehmern aus verschiedensten Branchen den deutschen Mittelstand.

Der Liberale Mittelstand ist Plattform, Netzwerk und politisches Sprachrohr für liberal gesinnte Mittelständler. Wir sind die Interessensvertretung und kompetenter Ansprechpartner von kleinen und mittelständischen Unternehmern, Freiberuflern, Selbstständigen sowie deren Mitarbeitern als selbstbestimmte Marktteilnehmer im Geiste der Aufklärung und des Liberalismus.

Unser zentrales Leitbild ist dabei Freiheit als Selbstbestimmung und Übernahme von Verantwortung für sich selbst wie auch für Unternehmen und Mitarbeiter sowie die Gesellschaft insgesamt. Die Zusammengehörigkeit von Verantwortung und Haftung ist für uns selbstverständlich.

**FÜR SCHÜLER, STUDENTEN UND AZUBIS 42,00 EURO PRO JAHR.**

Liberaler Mittelstand Nordrhein-Westfalen e.V.
Landesgeschäftsstelle
Ehrenfeldstraße 14, 44789 Bochum
Tel.: 0211. 49 70 940
Fax: 0211. 88 25 31 237
E-Mail: geschaeftsstelle@liberaler-mittelstand.nrw
Website: www.liberaler-mittelstand.nrw

**Tim Schütz**
Chefredakteur

**Anne Wickborn**
Chefredakteurin ab der nächsten Ausgabe

***Die dritte Ausgabe des Julimagazins im Jahr 2019 ist eine ganz besondere. Ausschließlich wurden Interviews geführt. In das Magazin leitet Isabel Kraemer (IK) ein, die den alten Chefredakteur Tim Schütz (TS) und die neue Chefredakteurin Anne Wickborn (AW) interviewt hat.***

***IK: Wie kam es zu der ungewöhnlichen Idee, ein Magazin nur aus Interviews bestehen zu lassen?***

**TS:** Natürlich haben wir schon in der Vergangenheit versucht, jedes Magazin gerade durch die letzten Seiten verschieden zu gestalten. Dennoch finde ich es durchaus sinnvoll, bei einem Magazin auch mal ein Experiment zu wagen.

**AW:** Interviews gehörten ja quasi immer zu einem Julimagazin. Wichtig war uns aber dennoch, auch hier Leute aus unserem Verband mitzunehmen. In Zukunft soll dies auch häufiger möglich sein. Wer einen coolen Interviewpartner kennt, darf sich gerne melden und das Interview dann führen.

***IK: Was sind für euch die Highlights des aktuellen Magazins?***

**AW:** Mir war es wichtig, auch mit Personen außerhalb der JuLis zu sprechen. Mit Martin Fuchs haben wir z. B. mit einem echten Social-Media-Experten über die FDP gesprochen. Sehr spannend!

**TS:** Ich durfte mich mit einigen Mitgliedern zu unseren programmatischen „Kracher-Themen“ Atomkraft, Verbeamtung von Lehrern und Kultursubventionen unterhalten. Immer wieder eine Freude, wenn man sich auf hohem Niveau fair streiten kann.

***IK: Tim, du gibst nun die Chefredaktion an Anne ab. Warum darf sich Anne besonders auf ihre neue Rolle freuen?***

**TS:** Das Julimagazin hat mir wirklich enormen Spaß gemacht. Unsere Autoren schreiben wirklich tolle Texte und werfen dabei manchmal Themen auf, die einem so zuvor gar nicht präsent waren. Auch das Aussuchen von neuen Rubriken oder Bildern hat immer großen Spaß gemacht. Ich bin mir sicher, dass Anne das Magazin noch einmal auf ein neues Level heben wird!

***IK: Auf welche Änderungen darf man sich in Zukunft freuen?***

AW: Bewährte Formate belassen wir natürlich im Magazin. Isabel wird in Zukunft mit „Real Talk“ eine neue spannende Kolumne verfassen, auf die man sich schon freuen darf. Zudem kann man sich in Zukunft, wie vorhin erwähnt, auch auf Interviews bewerben. Damit geben wir den Mitgliedern noch mehr Freiheiten. Außerdem werden wir coole Formate in Vorbereitung auf die Kommunalwahl im nächsten Jahr starten und den Online-Auftritt verstärkt angehen.

Die Redaktion wünscht viel Spaß bei der Lektüre!

## IN HALT

### THEMEN


1. „Zu fragen, wie man die Welt verändert, hat auf Social Media keinen Sinn“
2. Drei Generationen. Eine Farbe.
3. „Neu dabei“ – Andreas Hellmann und Tim Schütz
4. „Wir brauchen kein Endlager!“– Ein Gespräch über die Zukunft der Atomkraft
5. „Neu dabei“ – Anna Neumann und Paavo Czwikla
6. „Natürlich muss man über einige Schließungen nachdenken“ – Über den Sinn oder Unsinn von Kultursubventionen
7. Rückblick auf den letzten Landeskongress
8. „Aus dem Leben einer Ombudsperson“ – Lisa Lenz im Gespräch
9. „Schulleiter dürfen nicht zum Spielball des Ganzen verkommen“ – Über den Drahtseilakt zwischen Schulpflicht und Klimaschutz
10. „Ich denke nicht schlecht von Lehrern!“ – Über Sinn oder Unsinn der Verbeamtung von Lehrern


### IMPRESSUM


**CHEFREDAKTION/V.I.S.D.P.**
Tim Schütz
(tim.schuetz@julis-nrw.de)

**REDAKTION**
Léon Beck, Isabel Kraemer, Anne Wickborn

**HERAUSGEBER UND VERLAG**
Junge Liberale Landesverband NRW e.V.
Sternstraße 44
40479 Düsseldorf
Telefon (0211) 4925185
julimagazin@julis-nrw.de

**FOTOS**
photocase.com/Adobe Stock

**GESTALTUNG**
BTW MARKETING Werbeagentur, Werne

**DRUCK**
frames GmbH, Essen

Das JULIMAGAZIN ist die Zeitschrift des Landesverbandes NRW der Jungen Liberalen. Es erscheint fünfmal jährlich. Für Mitglieder der Jungen Liberalen ist der Bezugspreis mit dem Mitgliedsbeitrag abgegolten. Die im JULIMAGAZIN abgedruckten Beiträge und Artikel geben alleine die Meinung des jeweiligen Verfassers und nicht unbedingt die der Redaktion oder der Herausgeber wieder.

***Martin Fuchs beschäftigt sich mit dem, was viele von uns jeden Tag automatisch und ohne viel Reflexion tun – mit digitaler Kommunikation. Er berät Regierungen, Parteien und Parlamente und bloggt als „Hamburger Wahlbeobachter" über Social Media in der Politik. Anne Wickborn führte ein Gespräch über Kommunikationsstrategien, Diskussionskultur und Christian Lindners Insta Fame.***

# „Zu fragen, wie man die Welt verändert, hat auf Social Media keinen Sinn"

1

## Wie Digitalisierung unsere Kommunikation verändert.

**Die FDP hat auf Instagram 39,1 Tsd. Follower – Christian Lindner hingegen 118 Tsd. Warum gibt es so einen großen Unterschied zwischen den Followerzahlen von Institutionen oder Gruppen und denen von Personen?**

Bei Social Media steckt das ja schon ein bisschen im Namen – sie leben von sozialen Interaktionen und sozialen Beziehungen. Das heißt, die Leute wollen mit anderen Menschen kommunizieren – deswegen sind Personenprofile etwas, was oftmals besser funktioniert als Institutionen. Eins muss man außerdem beachten – wenn ich mit der FDP kommuniziere und dort in Dialog treten will, weiß ich ja gar nicht, mit wem ich kommuniziere. Ist das ein Praktikant? Ein JuLi? Ist das Christian Lindner persönlich, mit dem ich da rede? Bei einem Personenprofil wie dem von Christian Lindner weiß ich, ich rede mit ihm oder seinem Team – was natürlich auch heißt, die Belange kommen bei ihm direkt an. Bei der FDP-Seite fühlt sich das mehr an wie eine Blackbox – ich weiß gar nicht, mit wem ich spreche, deswegen ist die Motivation, einer Partei zu folgen, bei vielen nicht so groß. Einer Partei, die außerdem auch wesentlich weniger persönliche Einsichten oder Positionen bringen kann – das ist mehr ein gemeinsamer Konsens, der kommuniziert wird. Das ist für die meisten Nutzer weniger interessant als eine konkrete Person.

**Glaubst du, so eine Fokussierung auf Personen statt auf Parteien bringt uns weg von der Diskussion über Inhalte und hin zur Präsentation von Persönlichkeiten?**

Das glaube ich nicht – was man aber sehen muss, ist, dass eine einzelne Person komplexe Inhalte sehr gut aufbereiten kann. Grade Christian Lindner ist eine perfekte Person für Social Media, weil er mit den Formaten, die er entwickelt hat, Inhalte und politische Positionen sehr gut rüberbringen kann. Es geht gar nicht um seine viel zitierten Mallorca-Fotos, die machen nur einen sehr kleinen Teil aus. Außerdem hat die FDP ja in der Vergangenheit, grade im Bundestagswahlkampf, festgestellt, dass so eine starke Fokussierung auf eine Person, in dem Fall Christian Lindner, der Partei auch schaden kann. Deshalb ist es, glaube ich, auch ganz gut, wegzugehen von einer Person, die natürlich trotzdem ein Zugpferd sein kann, und die Breite der Partei darzustellen – da eignet sich dann der Partei-Account wieder gut.

**Bleiben wir kurz bei Lindner – es ist ja bekannt, dass unter seinen Beiträgen durchaus mal das Team auf kritische Stimmen reagiert, wodurch Diskussionen in den Kommentaren entstehen. Ist das sinnvoll? Bringt uns diese Art der Debatte etwas oder ist die Kommentarspalte dafür der falsche Ort?**

Also ganz grundsätzlich tue ich mich schwer mit komplexen Diskussionen in den sozialen Medien, dafür sind die Formate einfach nicht gemacht. In solchen Gesprächen geht es viel um Mimik, Gestik und die Art und Weise, wie man Argumente präsentiert – das geht Face to Face natürlich wesentlich besser als auf Social Media. Videos sind da vielleicht eine akzeptable Lösung, aber grade in den Kommentarspalten habe ich in den letzten Jahren die Erfahrung gemacht, dass es sehr schwierig ist, konstruktive Diskussionen zu führen. Was natürlich nicht bedeutet, dass es das nicht gibt.

Daher ist es zu begrüßen, dass das immer wieder versucht wird – die Kommentarspalten sind das niedrigschwelligste Angebot, was man den Bürgerinnen und Bürgern machen kann, um mit einer Person oder Partei in den Diskurs zu kommen. Die Diskussionen müssen nur möglichst konkret und fokussiert auf ein Thema erfolgen. Zu fragen, wie man die Welt verändert, hat auf Social Media keinen Sinn.

**Sowohl auf Instagram als auch auf Twitter gibt es ja Zeichenlimits – ich kann also meine Meinung äußern, aber nur in einem bestimmten Umfang. Beeinflusst das die Art, wie wir diskutieren?**

Wenn man sich einige analoge Diskussionen so anhört, könnte man ein bisschen ketzerisch sagen, dass es natürlich Menschen gibt, die gerne ein Referat halten und minutenlang ihre Position darlegen wollen. Das finde ich aber nicht unbedingt immer zielführend. Ich glaube, eine Beschränkung und die Fähigkeit, sich in der Argumentation auch auf das Wesentliche beschränken zu können, ist eine zentrale Kompetenz im Diskurs. Daher finde ich es gar nicht so schlimm und habe außerdem auch das Gefühl, dass die Zeichenanzahl meistens ausreichend ist. Sollte das nicht der Fall sein, bleibt ja immer noch die Möglichkeit, auf externe Links zu verweisen oder in der persönlichen Story die eigene Position ausführlicher darzulegen.

*Bildnachweis: fgnopporn @ stock.adobe.com*

**Du arbeitest ja in Workshops und Seminaren vielfach mit Politikern oder allgemein Vertretern politischer Institutionen zusammen zum Thema Kommunikation auf Social Media. Gibt es Punkte oder Aspekte, bei denen du das Gefühl hast, wir nutzen die Möglichkeiten von Social Media noch nicht völlig aus oder werden einfach nicht richtig verstanden?**

Das Gefühl habe ich sehr oft – die meisten Politiker kommen natürlich aus einer Welt, in der Pressearbeit das wichtigste Kommunikationsinstrument war, und oftmals ist die Social-Media-Seite leider immer noch ein verlängerter Arm der Pressestelle. Das heißt, das Dialogische, das Social Media haben, wird nicht verstanden. Der zweite Punkt: Man pflegt zwar eigene Kanäle, aber es bildet sich auch relativ schnell eine Blase von Menschen, die einen mögen und den Inhalten zustimmen. Da rauszugehen, in die Facebook- und in Messenger-Gruppen oder wo auch immer hin, um dort den Diskurs zu pflegen, ist etwas, was zwar wieder Ressourcen beansprucht, aber was ich mir wünschen würde. Bewusst raus aus der Blase, bewusst in die Diskussion, um eigene Standpunkte zu vertreten und für sie zu werben. Ich denke, dass das zwar zu Reibungen führt, aber langfristig ein besseres Verständnis für Positionen mit sich bringt.

Noch ein Punkt, den Institutionen und Politik lernen müssen: Kritik ist per se nichts Schlimmes oder Schlechtes. Das Internet ist natürlich trotzdem kein rechtsfreier Raum, Äußerungen, die Persönlichkeitsrechte verletzen, gehen selbstverständlich nicht – aber Kritik online abzutun mit „ach, das sind bestimmt Bots“ oder „nur irgendwelche einzelnen Stimmen aus dem Internet“, um sie nicht wahrnehmen zu müssen, bringt uns nicht weiter. Kritik ist förderlich und hilfreich, durch Kritik werden die Argumente und Positionen besser und jeder Politiker sollte sich eigentlich über die Möglichkeiten von Social Media freuen, ungefiltert ein relativ breites Feedback zu bekommen. Das ist eine Chance, die genutzt werden muss.

**Aus der Blase heraus zu kommunizieren ist sicherlich ein wichtiger Punkt – aber die Follower der JuLi-Seiten sind zum Beispiel mehrheitlich Mitglieder. Wie komme ich denn, zum Beispiel als Kreis- oder Bezirksverband, aus der Blase heraus, um auch Menschen zu erreichen, die nicht Mitglieder oder Interessenten sind?**

Das ist natürlich auch immer eine Frage der Strategie, die dahintersteht. Eine interne Kommunikation an die eigenen Mitglieder ist keine falsche Strategie. Auch die JuLis haben ja den Anspruch, ihre Leute mitzunehmen – auch wenn die nicht auf jede Veranstaltung kommen oder sich jeden Tag mit Politik beschäftigen können. Das ist per se auch eine spannende Zielgruppe, die man über die eigenen Social-Media-Kanäle sehr gut erreicht.

Wenn man aber auch mit anderen in Kontakt treten möchte, dann beginnt das mit ganz einfachen Sachen. Man kann zum Beispiel auch mal eine kritische Meinung eines Jusos auf die eigene Seite heben und sagen, okay, das ist eine spannende Idee – um mit der eigenen Community darüber zu diskutieren. Da werden dann garantiert ein paar Jusos und Linke kommen, um mitzudiskutieren.

Man kann mit einer guten Position auch mal auf die Grüne Jugend zugehen und ein Online-Streitgespräch initiieren. Oder ganz banal eigene Beiträge mit den Hashtags der Grünen Landesparteitage versehen, um in andere Blasen hineinzukommen. Was außerdem oft vergessen wird: Es gibt eine Vielzahl von Vereinen und Zusammenschlüssen, zum Beispiel muslimische oder jüdische Kulturvereine, aber auch Gewerkschaften, die wichtige gesellschaftliche Player sind – auf die mal aktiv zuzugehen und das eine oder andere gemeinsame Format zu machen, kann auch helfen. Wenn da von den 20.000 Followern der muslimischen Vereine der eine oder andere auf die JuLis stößt und da hängenbleibt, kann das auch helfen, die Blase aufzubrechen.

**Wie beurteilst du denn die Social-Media-Arbeit in der deutschen Politik generell – gibt es da Länder, die grundlegend anders kommunizieren und es vielleicht sogar besser machen? Länder, von denen wir noch etwas lernen können?**

Das ist eine sehr schwierige Frage – wenn man zum Beispiel die USA nimmt, hat man hier ein ganz anderes Verständnis von Medien, von Kommunikation, aber auch eine fundamental andere politische Kultur, ein anderes Wahlrecht und andere finanzielle Mittel – das alles macht einen Vergleich nicht einfach. Das, was wir hier in Deutschland davon mitbekommen, ist ja auch immer nur die Spitze des Eisbergs – die Best-Practice-Beispiele, die gut funktionieren, Reichweite bekommen und quasi über den Teich bis zu uns kommen. Da gibt es auch massig Social-Media-Arbeit, die das nicht schafft.

In puncto Gesprächskultur und Kultur auf Social Media habe ich das Gefühl, dass wir wahnsinnig viel in Osteuropa lernen können. Bulgarien, Kroatien und Montenegro sind Beispiele für Länder, in denen die Offenheit der Politik für solche Medien weitaus größer ist als bei uns. Das liegt unter anderem daran, dass das gesamte Mediensystem wesentlich schlechter ist – da werden Plattformen wie Facebook oder Instagram benötigt, um Diskurse führen zu können. Auch in Nordeuropa, Holland, Dänemark beobachtet man vielfach eine offenere Art und Weise, an die sozialen Medien heranzugehen, als in Deutschland – obwohl das jetzt natürlich stark pauschalisiert.

**Was meinst du konkret, wenn du von einer offeneren Kommunikation sprichst? Eine höhere Frequenz der Postings, mehr Privatleben?**

Nein, überhaupt nicht. Eher das, was ich mir auch für Deutschland wünschen würde: mehr Diskurs, mehr Aufeinander-Zugehen, mehr Annehmen von Kritik: Das ist das, was ich mitbekomme – wobei mein Fokus natürlich eher auf Deutschland, Österreich und der Schweiz liegt. Innerhalb dieser drei Länder würde ich keine großen Unterschiede sehen – vielleicht abgesehen davon, dass das, was die Österreichische Regierung tut, vom Stil her, also unabhängig von den Inhalten, in vielen Fällen einen frischeren Anstrich hat als das, was die Bundesregierung bei uns fabriziert.

**Jetzt mal unabhängig von der direkten Kommunikation von Politikern: Es gibt ja immer mehr Menschen, die angeben, Facebook nicht mehr als soziale Plattform im eigentlichen Sinn, sondern vielmehr als Nachrichten- und Informationsplattform zu nutzen. Wie beurteilst du das, auch vor dem Hintergrund der Fake News: eher eine Gefahr oder ein Potenzial, aus vielen unterschiedlichen Quellen eine fundierte Meinungsbildung zu ermöglichen?**

Per se sind die Möglichkeiten, die die sozialen Netzwerke wie Facebook in dieser Hinsicht bieten, sehr, sehr gut, weil sie auch Menschen, die politisch eher desinteressiert und weit weg von der klassischen Politik sind, über die Push-Logik mit politischen Informationen versorgen, die diese nie nachgefragt hätten.

Beim Thema Fake News wird die komplette Debatte in den letzten Jahren hier in Deutschland sehr hysterisch geführt. Falsche Nachrichten sind ein Phänomen, was es immer schon gab – sogar in der Gründungsphase unserer Demokratie, im alten Griechenland, gab es bei den Wahlkämpfen der Senatoren schon Fake News. Der Hang zur Verbreitung solcher Nachrichten ist menschlich und natürlich. Das hängt meiner Ansicht nach damit zusammen, dass viele gesellschaftliche Gruppen frustriert sind und nach Informationen suchen, die sie in ihren Ängsten bestätigen. Die Gedanken und die Ideologien, die dahinterstehen, sind aber auch ohne die Fake News fest verankert, da tragen nicht Social Media die Schuld. Eigentlich ist es sogar gut, dass die Fake News und die wirren Gedanken einiger Menschen veröffentlicht werden. Erst dann kann ja die Politik Strategien und Wege entwickeln, wie man damit umgeht, den Dialog sucht und sich so irrationalen Ängsten und Gedanken entgegenstellt. Das war vorher nicht möglich.

**Unabhängig von Facebook gibt es ja auch das Phänomen, dass ich von Facebook explizit mit den Informationen versorgt werde, die ich in der Vergangenheit gesucht habe, und mich so, auch abseits von einer bestimmten politischen Richtung, in einer Art Blase befinde. Der Algorithmus versorgt mich also immer weiter mit den Informationen, die er auf Basis meiner früheren Suchbegriffe für meinen Interessen entsprechend hält. Wie beurteilst du das – harmlos oder Grund zur Sorge?**

Auch abseits von Social Media kann ich mich in einer bestimmten Blase befinden. Wenn ich zum Beispiel nur die TAZ oder die FAZ lese, befinde ich mich auch in einer bestimmten ideologischen Ecke. Ich persönlich kenne wenige bis gar keine Menschen, die sich mit den Medien aller politischen Strömungen auseinandersetzen. Auch hier wird die Debatte mit sehr viel Hysterie geführt. Die vorhandenen Studien sind zwar nicht viele, zeigen aber deutlich, dass die Blasenbildung lange nicht so stark ist, wie allgemein angenommen wurde. Das Phänomen ist vielleicht vorhanden, eine Studie zeigt aber beispielsweise, dass Menschen, die sich vorwiegend via Social Media informieren, wesentlich heterogenere Quellen nutzen als jene, die sich auf traditionellem Weg informieren. Das Problem ist hier viel eher die Frage, wie ich die Informationen, die ich bekomme, filtere und bewerte.

**Eine persönliche Frage noch am Schluss – wie bist du selber denn auf das Thema Social Media gekommen? Was hat dich dazu bewogen zu sagen: Ich möchte mich jetzt hauptberuflich mit digitaler Kommunikation beschäftigen?**

Ich bin 2010 nach Hamburg gezogen und habe davor strategische Politikberatung gemacht. In Hamburg habe ich dann relativ schnell festgestellt, dass ich in den Medien nicht die Informationen gefunden habe, die mich interessieren. Zu den Bürgerschaftswahlen während meines Sabbaticals habe ich dann angefangen, mir selber Informationen zu suchen – vor allem über Social Media. Über meinen Blog habe ich dann relativ schnell festgestellt, dass es auch noch andere Leute gibt, die sich für die Informationen interessieren, die ich da aufbereitet habe. Ich habe gemerkt, dass die Politik und die Verwaltung in dem Bereich sehr viel Nachholpotenzial haben. Meine Motivation – das klingt jetzt sehr pathetisch –, jeden Morgen aus dem Bett aufzustehen und durch Deutschland zu fahren, ist, dass ich Demokratie wieder besser erklären und kommunizieren möchte – und das erst mal unabhängig von bestimmten Parteien. Ich möchte Demokratie wieder vital machen, das ist mein Antrieb. Darum tue ich das, was ich mache.

**Vielen Dank für das Gespräch!**

**Martin Fuchs (22)**

Ist seit 2011 Hamburger und beschäftigt sich seit vielen Jahren mit Wahlkampf, strategischer Politikberatung und den Hintergründen des Politikgeschäfts. Da die OSZE nicht nach Hamburg kam, übernahm er bei der Bürgerschaftswahl 2011 die inoffizielle Beobachtung. Seitdem beobachtet er die Europa-, Bundes- und Landespolitik im Netz, mit Fokus auf Social Media.

# Drei Generationen. Eine Farbe.

2

***Was haben Ralf Witzel, Henning Höne und Jens Teutrine neben ihrer Partei noch gemeinsam? Richtig: Sie hatten alle bereits das Amt des Landesvorsitzenden der JuLis NRW inne. Wie sie die heutige politische Lage einschätzen, welches liberale Thema sie besonders umtreibt und welchen Rat sie Neumitgliedern auf den Weg geben möchten, lest ihr im Folgenden.***

**Isabel: Ihr habt euch alle bei JuLis und FDP schon einen Namen gemacht und seid auch dementsprechend schon lange dabei; was hat euch damals denn dazu bewogen, überhaupt in die Politik zu gehen?**

**Ralf:** Also im Grunde genommen gab es [illegible] Faktoren: zum einen eine Haltungsfrage und dann [illegible] s aus dieser

## Ralf Witzel

Haltung resultiert. Was die Haltungsfrage angeht, da habe ich gemerkt, schon vom Kindesalter an, dass wenn ich Entscheidungen für mich selber treffe, mir das Ergebnis meist besser gefällt, als wenn andere die für mich treffen, egal ob Verwandte, Freunde oder Nachbarn. Dazu gehört aber auch, dass man, wenn man dann eine Fehlentscheidung getroffen hat, mit den Konsequenzen auch leben muss. Ein konkreter Anlass, der mich mobilisiert hat, war damals die hochideologische Schulpolitik bei uns vor Ort, bei der Gymnasien geschlossen wurden, um sie in Gesamtschulen umzuwandeln. Auch mein damaliges Gymnasium war davon betroffen, obwohl es sich um eine gut funktionierende Schule gehandelt hat. Daher sind wir damals auf die Straße gegangen und haben dagegen protestiert, was allerdings leider nichts gebracht hat, da die Schule trotzdem in eine Gesamtschule umgewandelt wurde. Mittlerweile wurde sie jedoch schon wieder in ein Gymnasium rückgewandelt, da man gemerkt hat, dass dort kein Bedarf für eine Gesamtschule besteht.

**Henning:** Bei mir war es eigentlich ein Dreisatz, der mich mobilisiert hat: Zunächst habe ich an der Schülerzeitung mitgearbeitet, anschließend dann als freier Mitarbeiter für die Jugendseite bei der Kommunalzeitung mitgewirkt und dadurch habe ich dann meinen Weg in die Kommunalpolitik gefunden. Dort kam ich dann in Kontakt mit den politischen Jugendorganisationen und bei einer bin ich dann eben hängen geblieben.Und da ich ja bis heute noch da bin, scheint es ja nicht die schlechteste Entscheidung gewesen zu sein.

**Jens:** Bei mir war das recht ähnlich wie bei vielen JuLis, die heute eintreten: Wenn ich mich mit ihnen unterhalte und sie frage, wieso sie Mitglied geworden sind, sagen viele, dass der jetzige Bundesvorsitzende Christian Lindner sie begeistert hat. Bei mir war's damals jedoch nicht Christian Lindner, sondern Guido Westerwelle. Mich hat auch der Gedanke der Leistungsgerechtigkeit sehr gereizt. Ich war und bin immer noch der Überzeugung, dass wenn man selber und aus eigener Kraft Dinge erreichen möchte, man nicht unnötig Hürden in den Weg gelegt bekommen sollte.

**Isabel: Was war denn nach dem Einstieg euer größtes Ziel, euer Antrieb, weiterzumachen und politisch am Ball zu bleiben?**

**Henning:** Dass es mich dauerhaft aktiv in die Arbeit vor Ort reingezogen hat, lag vor allem an den Mitgliedern in Coesfeld. Wir waren zusammen auch unabhängig von der Politik eine tolle Gruppe und haben uns untereinander sehr gut verstanden, was einen natürlich neben den Inhalten auch motiviert, dabeizubleiben.

**Jens:** Was mich angetrieben hat, waren vor allen Dingen die tollen Diskussionen, die es bei den JuLis gab und immer noch gibt und die mich immer sehr bereichert haben. Ich kannte das nur aus dem Politikunterricht in der Schule, da war man jedoch meist derjenige, der am meisten wusste, während man bei den JuLis politische Diskussionen auf einem ganz anderen Niveau hatte, sodass man immer wieder mit neuen Informationen überflutet wurde, was für die persönliche Entwicklung sehr förderlich ist. Und andersrum motiviert mich die Jugendarbeit, indem ich anderen jungen Leuten, die sich für die liberale Sache begeistern, die vielleicht auch noch nicht so lange bei uns sind, noch einmal ein paar Denkanstöße oder die ein oder andere neue Idee mit auf den Weg geben kann. Und ich bin auch immer wieder begeistert, wie informiert die jungen Leute, vielleicht gerade 15 Jahre alt, die neu Mitglied werden, wirklich sind. Und wenn ich diesen Leuten dann etwas zurückgeben darf von dem, was ich selbst früher durch die Diskussionen mit den älteren Mitgliedern erfahren habe, dann ist das für mich eine große Ehre.

**Ralf:** Das ist ein interessanter Punkt, den ich auch so ähnlich wahrnehme. Wenn ich zum Beispiel bei PPWs mit JuLis ins Gespräch komme, dann merke ich, wie informiert viele der jungen Leute sind und auch informierter als viele Leute meiner Generation, mich eingeschlossen. Zum Beispiel beim Thema Digitalisierung. Und das beeindruckt mich jedes Mal wieder und es macht dann natürlich auch großen Spaß, mit eben solchen jungen Leuten zu diskutieren.

**Isabel: Es klang jetzt schon ein paarmal an, ist aber eigentlich ja auch selbstverständlich: Selbstbestimmung ist ja ein Thema, das uns alle umtreibt. Politische Selbstbestimmung, der Liberalismus, hat aber ja gerade in Deutschland einen eher schwierigen Stand. Woran liegt**

Bildnachweis: peterschreiber.media @ stock.adobe.com

**das? Liegt das vielleicht ein bisschen an der Geschichte Deutschlands beziehungsweise an den gesellschaftlichen Gegebenheiten und an der politischen Kultur oder denkt ihr, dass Liberalismus generell eher wenig massentauglich ist?**

**Ralf:** Na ja, Liberalismus ist ja nicht der einfachste Weg. Wir versprechen niemandem das Paradies, wir versprechen den Leuten nur, dass sie ins Paradies kommen können, wenn sie sich anstrengen. Im Gegensatz dazu gibt es jedoch auch politische Philosophien, in denen den einzelnen Menschen viele Entscheidungen abgenommen werden und ein einfacheres Leben versprochen wird. Von daher ist unsere sehr pragmatische Politik nicht immer am einfachsten, aber dafür umso wichtiger. Heute vielleicht sogar noch mehr als damals, als ich mich dazu entschieden habe, in die Partei einzutreten. Ich hätte mir damals nicht vorstellen können, an welchen Stellen alles über Freiheitseinschränkungen gesprochen wird, was heute selbstverständlich ist. Es werden heute so viele Entscheidungen des Alltags, was man isst, wohin man in den Urlaub fährt und wie, wo man einkauft und so weiter, von so vielen Tabuwächtern kommentiert, gerankt und eingeordnet. Und diese Art von Verurteilung hat in den letzten Jahrzehnten sehr zugenommen.

**Henning:** Also ich glaube schon, dass es zum Teil auch kulturelle Gründe für die Affinität zu bestimmten politischen Richtungen gibt. Beispiel: die USA. Dort gilt eine Pflicht zur Krankenversicherung, wie sie Bernie Sanders als Idee hatte, schon als sozi[illegible]hl sie

## Henning Höne

bei uns ja selbstverständlich ist. Generell lässt sich aber sagen, wie auch Ralf das schon erwähnte, dass zum einen Liberale selten die bequemste und einfachste Antwort haben und zum anderen wir ja sehr viel Eigenverantwortung einfordern, die eben mit der Freiheit einhergeht. Und da nehmen, glaube ich, viele lieber eine gewisse Freiheitseinschränkung in Kauf und haben dafür mehr Sicherheit bei bestimmten Dingen und verlassen sich da ganz auf den Staat.

**Jens:** Ich blicke tatsächlich etwas positiver auf die Entwicklung des Liberalismus in Deutschland. Ich bin nämlich der Meinung, in den letzten Jahrzehnten war Deutschland von einer Freiheitsbewegung geprägt, ob es jetzt die Wiedervereinigung ist oder die Reisefreiheit in der EU. Also ich würde nicht sagen, dass Deutschland sich eher antiliberal entwickelt hat. Auch wenn es natürlich immer wieder genau solche Tendenzen gibt. Ich glaube, womit viele ein Problem haben, ist, dass es beim Liberalismus kein Endziel gibt. Beim Sozialismus kann man quasi auf ein Papier schreiben, wie es am Ende sein soll und was die Ziele sind, beim Liberalismus hat man das nicht. Die liberale Utopie ergibt sich also quasi aus der Gesellschaft und aus dem, was die Menschen daraus machen. Und das ist eben eher schwer zu kommunizieren, aber genau das sollte unsere Aufgabe als FDP sein, um auch die Vorteile, die eben dieses Weltbild, die Utopie der Freiheit hat, mehr in den Diskurs mit hineinzubringen.

**Henning:** Wenn ich da einmal kurz einhaken darf: Ich glaube auch nicht, dass die letzten Jahrzehnte geprägt waren von liberalen Misserfolgen, ganz im Gegenteil. Viele sehr zentrale Entscheidungen der letzten Jahrzehnte seit Beginn der Bundesrepublik sind letztendlich nur mit Hilfe der FDP getroffen worden, ob soziale Marktwirtschaft, NATO-Doppelbeschluss oder Wiedervereinigung, aber viele dieser Entscheidungen sind eben auch sehr knapp getroffen worden.

**Jens:** Und dazu muss man sagen, dass die FDP bei all diesen Entscheidungen nie irgendwie 25 oder 30 % hatte. Ganz im Gegenteil, wir haben sogar teilweise mit der Existenz dafür bezahlen müssen.

## Jens Teutrine

**Henning:** Absolut. Und deshalb gibt es auch viele Gründe, stolz auf unsere Partei zu sein, aber da waren eben viele Entscheidungen, die sehr hart umkämpft werden mussten, sodass trotz des Erfolges für die liberale Sache, die viele dieser Entscheidungen darstellen, es eben auch immer ein Ringen um diese Entscheidungen gab.

**Ralf:** Nicht dass wir uns falsch verstehen, ich bin schon der Meinung, dass gerade gesellschaftlich sich viel getan hat. Aber ich befürchte eben, dass wir momentan in einem Zeitalter leben, wo wieder viele der Grundsätze, die man lange für selbstverständlich gehalten hat, wieder zurückgedreht werden. Beispiel Thema Neuverschuldung. Guido Westerwelle hat damals dafür gekämpft, dass ein Verbot der Neuverschuldung in die Verfassung kommt. Ich glaube jedoch, heute gäbe es keine verfassungsändernde Mehrheit mehr dafür. Heute wird das beschimpft als ein Fetisch für eine schwarze Null, gerade vom Spektrum links der Mitte. Und das, um nur ein Beispiel zu nennen. Zusammenfassend möchte ich also sagen, dass, obwohl sich ohne Zweifel viel getan hat in den letzten Jahrzehnten, wir weiter oder vielleicht sogar stärker als zuvor wieder für die liberale Sache kämpfen müssen und dafür eintreten müssen, dass unsere Freiheit weiterhin erhalten bleibt.

**Isabel: Für uns JuLis ist ja Generationengerechtigkeit ein sehr zentrales Thema. Gerade aber bei gesellschaftspolitischen Themen wie zum Beispiel dem Pflichtjahr, was ja vor einigenMonaten in der Debatte stand, hat man gemerkt, dass von vielen Leuten der älteren Generation eine Art fehlende Wertschätzung gegenüber den jungen Leuten vorhanden ist in Bezug darauf, was diese für die Gesellschaft leisten bzw. zur Gesellschaft beitragen. Denkt ihr, Gen-**

**erationengerechtigkeit ist ein Thema, das in Deutschland zu wenig Beachtung findet? Oder ist es sogar ein Thema, das das Potenzial hat, die Gesellschaft zu spalten, und als solches vielleicht auch bewusst von einigen Parteien zu Wahlkampfzwecken benutzt wird, da die älteren Generationen nun mal die größte Wählergruppe stellen?**

**Ralf:** Ich unterstelle keiner Partei, dass sie bewusst die Generationen gegeneinander ausspielen will mit ihren politischen Forderungen. Jedoch hat natürlich beispielsweise die CDU eine bestimmte Wählerbasis, die sie mit ihrer Politik anzieht und auch bedienen möchte, ebenso wie die Grünen. Daher halte ich es nicht für Zufall, wenn die CDU dann beispielsweise bestimmte Forderungen unterstützt, die mehr mit ihrem Elektorat d'accord gehen, während die Grünen wiederum andere Positionen unterstützen. Beispiel Mütterrente, da kommen am Ende nur lächerliche Beträge bei den einzelnen Personen an, es geht da jedoch um Symbole, um ein Signal der Wertschätzung. Und ebenso ist es auch bei den Grünen und deren Kernzielgruppe, die wären nämlich nicht im Bundestag, wenn nur 70-Jährige wählen dürften. Daher wäre es weltfremd zu glauben, dass es nicht auch solche Effekte gibt.

**Henning:** Das sehe ich ähnlich wie du, Ralf, und ist natürlich auch vertretbar. Aber man muss natürlich immer zuerst schauen, was denn sachlich richtig und gut für die gesamte Bevölkerung ist. Dass Parteien aber bei ihren Entscheidungen auch ihre Wählergruppen berücksichtigen, halte ich dennoch für sinnvoll, denn dafür wurden sie ja gewählt. Daraus resultiert aber natürlich, bezogen auf die Generationengerechtigkeit, ein Problem: Zum einen wird durch die demografische Entwicklung die Bevölkerung und damit die Wählerschaft immer älter und zum anderen geht diese zahlenmäßig eh schon überlegene Wählergruppe auch noch mit einer höheren Beteiligung zur Wahl. Das merkt man zum Beispiel daran, dass Themen wie die Rentenpolitik oft sehr einseitig diskutiert werden. Da wird zu selten betrachtet, dass wir nicht nur zum einen durch die Finanzpolitik der letzten Jahrzehnte einen Berg an Schulden haben, den die jungen Generationen tragen müssen, sondern dass auch noch dadurch, dass wir eben durch die demografische Entwicklung immer mehr Rentner haben und daher auch noch mehr Geld für die Renten ausgeben müssen, eine zusätzliche Belastung für die junge Generation entsteht. Und damit solche Aspekte auch mal auf die Agenda kommen, ist es eben wichtig, dass gerade bei der jungen Generation die Wahlbeteiligung stärker wird.

**Isabel: Mobilisierung von jungen Leuten ist das Stichwort. Außer- wie innerparteilich enorm wichtig. Was würdet ihr denn jungen Neumitgliedern, die gerade ihre ersten Schritte bei den JuLis und in der FDP vollziehen, an Ratschlägen mit auf den Weg geben?**

**Ralf:** Ich würde sagen, es ist sehr wichtig, sich mit verschiedenen Blickwinkeln und Standpunkten auseinanderzusetzen, um dann für sich selbst eine fundierte Haltung zu entwickeln, denn ich habe gemerkt, am Ende des Tages setzen sich die Haltungen durch. Es gibt immer Momente, wo einzelne Positionen, die man vielleicht vertritt, nicht durchkommen oder keine Mehrheiten kriegen, aber es ist immer wichtig, am Ende des Tages noch in den Spiegel schauen zu können, um zu wissen, dass man trotz Rückschlägen und trotz Kompromissen seiner Haltung treu geblieben ist und nicht nur als Fähnchen im Wind agiert.

**Henning:** Ich würde das prinzipiell unterstützen, ich denke aber auch, dass es wichtig ist, einen offenen Blick in andere Richtungen zu behalten. Sowohl was innerparteiliche Abläufe angeht, aber auch ganz besonders inhaltlich, denke ich, ist es wichtig, den Mut zu haben, sich auch mal gegen den innerparteilichen Mainstream zu stellen. Außerdem sollte man Geduld mitbringen. Man sollte nicht unterschätzen, wie lange es dauern kann, bis es von der Idee zum ausformulierten Beschluss bis hin vielleicht zur finalen Umsetzung kommt. Da gibt es von den JuLis einige schöne Beispiele, ein prominentes Beispiel ist die Abschaffung der Wehrpflicht. Und es könnte ja jedes neue Mitglied das Mitglied sein, das eben so eine Wehrpflicht-Idee hat. Und bei solchen langwierigen Prozessen, wie sie in der Politik nun mal das Hauptgeschäft ausmachen, geht es eben darum, Ausdauer zu haben und am Ball zu bleiben.

**Jens:** Ich gehe da, denke ich, in eine ähnliche Richtung wie Henning: Ich würde jedem neuen Mitglied empfehlen, offen zu sein und alles erst einmal mitzumachen und sich von allem einen Eindruck zu machen, um dann nachher entscheiden zu können, was hat mich besonders interessiert, wo will ich meine Prioritäten setzen. Und man sollte sich auch von Anfang an trauen, seine Meinung mit in den Diskurs einzubringen, und keine falsche Scheu davor haben, sich zu äußern. Was ich selbst lernen musste und was ich deshalb hier noch mal erwähnen möchte, ist, die leidenschaftlichen Diskussionen, die es ja bei den JuLis gibt und die ich auch für sehr wichtig halte, immer mit einer gewissen sportiven Lockerheit zu nehmen. Das ist nicht schlimm, sondern gehört zu einer gesunden Demokratie dazu. Das Wichtige ist bei den Julis dann, gemeinsam mit dem Diskussionspartner noch mal abends zusammen ein Bier zu trinken und das Ganze einfach entspannt hinter sich zu lassen.

**Isabel Kraemer (19)** ist Medizinstudentin und Kreisvorsitzende der JuLis Warendorf. Im JULIMAGAZIN ist sie Ressortleiterin für Interviews. Erreichen könnt ihr sie unter: **isabel.kraemer@julis.de**

*Bildnachweis: stockadobe.com*

# NEU DABEI 3

Bildnachweis: Polarpx @stock.adobe.com

*Auch schon mal Bildungsveranstaltungen am letzten Tag der Frist eingereicht? Der Mann, der eure Bildungsberichte mit Spannung erwartet und ein Auge darauf hat, dass die Formalien eingehalten werden, ist seit Neustem* **Andreas Hellmann.** *Um euch einen kurzen Einblick in seine Arbeit zu geben und euch mit unserem Mann in der LGSt bekannt zu machen, stellt er sich im Folgenden kurz vor.*

## Hallo Andreas! Wie bist du dazu gekommen, in der Landesgeschäftsstelle zu arbeiten?

In der Landesgeschäftsstelle arbeite ich inzwischen schon seit April 2017. In Kontakt mit der LGSt bin ich bereits 2015 durch ein Praktikum gekommen, für das ich mich einfach initiativ beworben hatte. Bevor ich im Juni dieses Jahres der neue Jugendbildungsreferent wurde, habe ich mich als Studentischer Mitarbeiter schon um die Mitgliederverwaltung gekümmert und die JuLis tatkräftig im Wahlkampfjahr unterstützt. Da ich mein Masterstudium in Politikwissenschaften in Duisburg gerade abschließe und Matthias in den Landtag gewechselt ist, hat sich für mich einfach die Chance ergeben, die neuen Aufgaben bei den JuLis zu übernehmen.

## Was hast du gemacht, bevor du in der LGSt angefangen hast?

Nach meinem Abitur habe ich meinen Bachelor in Staatswissenschaften an der Universität Passau gemacht. Während der Zeit habe ich, wie erwähnt, mein Pflichtpraktikum bei den JuLis NRW absolviert. Da ich gebürtig aus Kleve am Niederrhein komme und dort auch bis zu meinem Studium gelebt habe, war mir der Weg zu den JuLis NRW – trotz Studienort in Bayern – natürlich am liebsten. Nachdem ich mit meinem Bachelor Anfang 2017 fertig war, bin ich zurück nach NRW gekommen und bin seitdem Teil der Landesgeschäftsstelle.

## Was hast du eigentlich genau für Aufgaben?

In erster Linie sind natürlich die Bildungsveranstaltungen meine Hauptaufgabe. Dazu gehören insbesondere die Abrechnung und die Betreuung der Veranstaltungen. Solltet ihr irgendwelche Fragen dazu haben, wie Bildungsveranstaltungen funktionieren, oder euch etwas unklar sein, bin ich gerne euer Ansprechpartner. Dazu bin ich natürlich auch allgemein immer für euch da, wenn ihr irgendwelche Fragen zum Verband oder zur Arbeit der Jungen Liberalen habt oder euch irgendwas unklar ist. Ansonsten unterstütze ich den Landesvorstand bei seinen Aufgaben und leite die Geschäftsstelle.

## Was macht dir bei der Arbeit am meisten Spaß?

Auch wenn ich die Veranstaltungen bisher nur als Studentischer Mitarbeiter und nicht als Jugendbildungsreferent begleiten durfte, sind die Kongresse als unsere größten Veranstaltungen natürlich immer die Highlights im Jahr und diese zu begleiten etwas Besonderes. So viele politikbegeisterte junge Menschen in Aktion zu sehen, ist schon klasse. Ansonsten ist es großartig mitzubekommen, wie viele sich einfach für die jungliberale Sache einsetzen. Das macht dann schon eine Menge Spaß.

## Was hat dich in der LGSt bis jetzt am meisten überrascht?

Die größte Überraschung schließt für mich an das gerade an. Zwar war mir durch die begleiteten Kongresse schon bewusst, dass sich viele engagieren. Doch erst durch meine neue Aufgabe der Betreuung der Bildungsveranstaltung bekommt man so richtig mit, wie motiviert und in welcher Fülle die Untergliederungen vor Ort ihren Mitgliedern etwas mit Bildungsveranstaltungen bieten und sie damit an politische Themen heranführen wollen. Das darf gerne in Zukunft so weitergehen.

## Ein schönes Schlusswort, danke für das Gespräch!

Interview geführt durch **Anne Wickborn (18),** Medizinstudentin an der Universität Düsseldorf, Mitglied des Bezirksvorstandes Aachen und stv. Landesarbeitskreisleiterin für die Bereiche Arbeit/Soziales. Ihr erreicht Sie unter: **anne.wickborn@julis.de**

**Unser Angebot**

Bei uns finden Sie neben klassischen Werbemitteln wie Stofftaschen, Aufklebern und Grußkarten auch Artikel für Ihren Wahlkampf vor Ort wie Bauzaunbanner, Hohlkammer- oder Großflächenplakate, Messe- und Kongressequipment oder Drucksachen wie z.B. Tischaufsteller und Visitenkarten im aktuellen Design der Freien Demokraten.

Wir bieten Ihnen die Möglichkeit, bei einer Bestellung ein bereits vorhandenes Layout oder ein individuell für Sie gestaltetes Design auszuwählen. Die gesamte Abwicklung der Bestellung ist dabei immer inklusive.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch auf www.thinkliberal.de!

BTW MARKETING Agentur für visuelle Kommunikation
Inhaber: Michael Szopieray | Burgstraße 27 | 59368 Werne
Telefon: 02389 . 92 75 82 | Telefax: 0211 . 88 25 31 237
info@thinkliberal.de | www.thinkliberal.de

**Ihr Shop für FDP-Werbemittel**

# NEU DABEI

***Unser Chefredakteur verlässt uns nach einem Jahr JULIMAGAZIN in den Landesvorstand. Zum Abschied und zum Neuanfang gleichermaßen ein paar kurze Impressionen von* Tim Schütz *– zu Kafka, Shakira und Friedrich Merz.***

**Wie bist du zu den JuLis gekommen?**
Im Vorfeld der Landtagswahl Ende 2016 hat mich ein echtes Politik-Fieber ergriffen und ich wollte dabei gerne aktiv mitwirken.

**Was gefällt dir am Verband am meisten?**
Die vielen megaintelligenten und engagierten Leute, die sich auch alle füreinander einsetzen. Du hast 15-Jährige, die z. T. besser reden können als so manche Profi-Politiker. Der absolute Wahnsinn!

**Welches Projekt liegt dir im nächsten Jahr bei den JuLis besonders am Herzen?**
Ich möchte so viele Mitglieder wie möglich programmatisch abholen. Klar ist ein guter Leitantrag sehr wichtig. Aber mit dem KV Net, einer Umfrage und einem programmatischen Podcast möchte ich Engagement noch leichter machen.

**Wenn du dir aus allen anderen Parteien jemanden aussuchen könntest, der seine Überzeugung ändert und der FDP beitritt – wer wäre das?**
Friedrich Merz, wenn er noch gesellschaftspolitisch ein modernes Weltbild hätte.

**Was (außer der Altersgrenze) könnte dich dazu bewegen, deine JuLi-Mitgliedschaft zu beenden?**
Wenn es in dem Verband mehr gegeneinander ginge als miteinander.

**Was ist dein Lieblings-Veranstaltungsformat? Wieso?**
Die LaKos. Programmatik pur. Gute Debatten und Shakira auf der Party.

**Welches Buch hat dich bis jetzt am meisten zum Nachdenken gebracht?**
Jeder erwartet jetzt ein Programmatik-Buch. Aber wie lange ich über „Der Prozess“ von Kafka nachgedacht habe, kann leider kein anderes Buch toppen.

**Was ist dein programmatisches Herzensthema?**
Digitale Bürgerämter und ein ökologischeres und faires Bauvergabeverfahren.

Interview geführt durch **Anne Wickborn (18),** Medizinstudentin an der Universität Düsseldorf, Mitglied des Bezirksvorstandes Aachen und stv. Landesarbeitskreisleiterin für die Bereiche Arbeit/Soziales. Ihr erreicht Sie unter: **anne.wickborn@julis.de**

*Bildnachweis: Brian Jackson @ stock.adobe.com*

# „Wir brauchen kein Endlager!“

## Ein Gespräch über die Zukunft der Atomkraft

*Das Thema Atomkraft ist ein immer wiederkehrender Streitpunkt innerhalb der Freien Demokraten und bei den JuLis. In NRW ist unsere Beschlusslage hingegen einigermaßen deutlich: Wir befürworten eine Abkehr von dem strikten Ausstieg aus der Atomkraft und setzen auf moderne Neubauten. Welche Fragen sich bei diesem Thema stellen und wo mögliche Streitpunkte entstehen können, lest ihr in dem folgenden Interview mit* ***Fabian Griewel (FG)****, bis April dieses Jahres Mitglied des Bundesvorstandes der JuLis, und* ***Patrick Guidato (PG)****, dem Bezirksvorsitzenden der JuLis Ruhrgebiet. Das Gespräch führte* ***Tim Schütz (TS)****.*

**TS: Das Thema Atomkraft ist seit jeher ein heiß umstrittenes Thema. Wie sieht die aktuelle Beschlusslage der JuLis NRW aus und wie beurteilt ihr dies?**

**PG:** Wir möchten aus den nationalen „alten“ Kraftwerken aussteigen. Konkret möchten wir die Laufzeit dieser Kernkraftwerke nicht verlängern. Dafür möchten wir mit modernen Konzepten Neubauten ermöglichen, da wir Atomkraft nicht bloß als Brückentechnologie, sondern als Zukunftstechnologie ansehen. Ich erachte diese technologieoffene und nicht auf Panik basierende Haltung für gut und genau richtig.

**FG:** Grundsätzlich halte ich unsere aktuelle Beschlusslage auch für richtig. Von unseren aktuellen JuLi-Funktionsträgern erwarte ich an dieser Stelle ein offensiveres Tragen dieser Position nach außen. Aktuell sehen wir am Beispiel Greta Thunberg, wie mithilfe von vernünftigen Erklärungen ein positiver Spin in die Debatte gebracht werden könnte.

**TS: Die FDP bezieht aktuell eine andere Position. Hauptargument ist dort die nicht vorhandene gesellschaftliche Akzeptanz gegenüber Atomkraft. Würdet ihr dieser Argumentation folgen?**

**Fabian Griewel (23)** ist angehender Lehrer für Geschichte und Erdkunde, ehemaliges Mitglied des Bundesvorstandes und Kreisvorsitzender der FDP Soest. Ihr erreicht ihn unter: **fabian.griewel@landtag.nrw.de**

**FG:** Ich sehe aktuell auch keinen gesellschaftlichen Spin für das Thema Atomkraft. Das Argument finde ich jedoch sehr schwach. Nur weil viele Leute einer anderen Meinung sind, muss etwas noch lange nicht falsch sein. Nach aktuellem Forschungsstand sind andere Technologien nicht sinnvoller als die Atomkraft.

**PG:** Ich bin ganz bei Fabian. Klar, eine Mehrheit der Gesellschaft hat Vorbehalte gegen die Atomkraft. Es gab jedoch auch Zeiten, in denen eine Mehrheit der Gesellschaft Vorbehalte gegenüber Homosexualität, Frauenwahlrecht oder Regenbogenfamilien hatte. Die FDP hat sich in der Vergangenheit durch eine Faktenorientierung ausgezeichnet. Diese Haltung wünsche ich mir auch hier. Das, was richtig ist, muss populär gemacht werden.

**TS: Wie steht es um eine konkrete Ausgestaltung: Sollte man mit einer gesamten Agenda an neuen Reaktoren starten oder zunächst einen Testreaktor initiieren?**

**PG:** Gerade bei modernen Kraftwerkkonzepten erachte ich Forschungsreaktoren grundsätzlich für sinnvoll. Wir müssen nur aufpassen, dass uns Know-how nicht verloren geht, wenn wir zu lange zögerlich agieren. Wir haben, wie bei der grünen Gentechnik, viele herausragende Ingenieure in unserem Land. Problematisch ist es dann, wenn ein Thema staatlich verhindert wird, dann gibt es langfristig keine Forscher in diesem Bereich mehr. Alleine der Bau eines Forschungsreaktors würde enorme Zeit in Anspruch nehmen. Deshalb sind vor allem Kraftwerke im aktiven Betrieb von großer Bedeutung.

**FG:** Wichtig ist es aus meiner Sicht, im Bereich der Forschung Synergien zu schaffen. Technologien, die beispielsweise im Rüstungssektor erforscht werden, müssen auch für eine zivile Verwendung nutzbar gemacht werden. Zudem halte ich es für schwierig, Technologien zu verwenden, die noch nicht ausgereift sind. Aktuell ist die große Problematik, dass sich für jeden Energieträger Kritiker finden. Sei es die Braunkohle, Solarstrom, Windenergie oder die Atomkraft. Vorbehalte gibt es immer. Von diesen Technologien ist die Atomenergie die sauberste Form der Energieerzeugung. Aktuell bleiben immer weniger Abfälle übrig, die endgelagert werden müssen. Diese Problematik wird jedoch in der Gesellschaft am meisten diskutiert. Hier muss die Forschung noch weiter ansetzen, um mehr Akzeptanz in der Bevölkerung zu schaffen.

**PG:** Dank erfolgreicher Forschung gibt es in diesem Bereich bereits Lösungen, die 98 % radioaktiv strahlenden Müll weniger verursachen. Zudem gibt es Firmen, die mit radioaktivem Müll weiterarbeiten. Dies müsste häufiger nach außen kommuniziert

werden. Wir brauchen kein Endlager! Die Endlager-Debatte geht an der Realität vorbei und erschafft neue Probleme. Innerhalb der Endlager strahlt das Material immer weiter und verursacht Risiken. **Ein weiterer interessanter Aspekt:** In aktuellen Studien ist die $CO_2$-Emission, die mit einem Atomkraftwerk verbunden ist, noch geringer als bei erneuerbaren Energien. Die wichtigere Frage müsste also sein: Wie gelangt weniger $CO_2$ in ihr Endlager, also die Atmosphäre.

**FG**: Unser Problem ist realpolitisch nur Folgendes: Wie kann man in einer Gesellschaft für eine Technologie, die wir für gut erachten, die notwendige Stimmung erzeugen, damit diese nutzbarer wird?

**TS: Berechtigter Einwand. Wenn man sich Endlager wie Gorleben anguckt, ist es wenig überraschend, wenn in der Bevölkerung ein mulmiges Gefühl ausbricht. Dort dringt mit der Zeit immer mehr Wasser in das Endlager. Wäre bei einer möglichen Wiedereinführung der Atomkraft nicht eine Informationskampagne parallel zwingend nötig, um Massenproteste weniger ausufernd werden zu lassen?**

**PG:** Ich finde es als Partei schwierig, offensiv Kampagne für Atomkraft zu machen. An anderer Stelle würde ich das bei einer Partei auch kritisieren. Klar ist, dass auch Solarenergie und Windenergie in weiten Teilen sinnvoll sind. Absurd wird es, wenn ein Interessensvertreter für jeweils einen Energieträger offensiv wirbt und andere Technologien nicht berücksichtigt. Ob Atomkraft in einem dicht besiedelten Gebiet und unter Abwägung von Aspekten wie der Terrorgefahr wirklich die sinnvollste ist, bezweifle ich. Jede Technologie hat ihre Vor- und Nachteile, aber als Partei für eine bestimmte Form aktiv zu werben finde ich falsch. Das ist Aufgabe der Industrie. Bei der Elektromobilität ist es z. B. auch falsch, als Staat offensiv Lobbyismus zu betreiben.

**FG**: Das sehe ich ein wenig anders. Als Partei kann man sich die Aufgabe stellen, gewisse Positionen offensiv zu kommunizieren und einen positiven Effekt zu erzielen. Frankreich agiert beispielsweise immer noch hauptsächlich mit Atomstrom, da der Staat dies auch positiv bewirbt. Es ist legitim, gewisse Technologien auch als Staat oder Partei zu bewerben.

**TS: Wird eine konsequente Umsetzung des Emissionszertifikatehandels nicht automatisch dazu führen, dass die Atomkraft sich ohne staatliches Dazutun durchsetzen wird, sofern der Staat dies blockiert?**

**PG:** Die Frage ist, wie der Markt konkret gestaltet wird. Der Energiemarkt ist voll mit verschiedenen Subventionen. Atomkraft wird und wurde stark subventioniert und ist daher nicht viel günstiger als andere Formen, wie Kritiker zu Recht anmerken. Um einen fairen Wettbewerb unter verschiedenen Formen der Energiegewinnung anzustreben, sollten Subventionen daher in gleicher Höhe oder idealerweise gar nicht mehr vorhanden sein. Auch spielt für Kraftwerkbetreiber eine gute Planbarkeit eine große Rolle: Selbst wenn eine Regierung mit FDP-Beteiligung die Atomkraft wieder einführt, wird es nach einer gewissen Zeit wieder andere Mehrheitsverhältnisse geben. Sollte dann wieder ein Atomausstieg angestrebt werden, wird der Markt für diese Technologie in Deutschland zerstört.

**FG:** Hier könnte ein Gedankenfehler vorliegen. Ich glaube, dass in zehn bis 15 Jahren Gesinnungswechsel ohne Probleme entstehen können. Sollte es in dieser Zeit Massenproteste geben, da massenhaft Wälder abgeholzt werden, wie bei mir in Westfalen-Süd, damit neue Windkraftanlagen entstehen, kann es auch in anderen Parteien zu Meinungswechseln kommen.

**PG**: Glaubst du wirklich, dass die Grünen jemals ihre Position zur Atomkraft ändern werden?

**FG:** Ich glaube, jetzt wäre der ideale Zeitpunkt, um das Thema anzugehen. „Alte“ Mitglieder sind mit der Katastrophe von Tschernobyl aufgewachsen. Viele neuere Mitglieder könnten von ihren Grundeinstellungen aber auch Mitglied der FDP werden und sind da weniger ideologisch aufgestellt. Mitglieder, welche die Welt von morgen gestalten wollen, sind nicht mehr die klassischen „Ökos“, sondern könnten auch zu der FDP passen. Wenn solche Leute andere Mitglieder mitziehen, kann ich mir das gut vorstellen, ja.

**TS: Bei einem Blick ins Ausland stellt sich beispielsweise in Belgien die Frage, ob diese unsicheren Kraftwerke ein positives Bild für die Atomkraft zeichnen. Muss hier die EU stärker eingreifen oder Maßnahmen einleiten?**

**FG:** Das erinnert an den typischen Satz: „Klimaschutz endet nicht an nationalen Grenzen.“ Natürlich muss hier gemeinsam gesprochen werden. Die Kraftwerke könnten schon problematisch werden.

**PG**: Gerade mit dem Reaktor Tihange wird aus meiner Sicht viel Schindluder getrieben. Wir haben eine sehr strenge Kontrolle der Kraftwerke. Klar kam es in der vergangenen Zeit zu einigen Störfällen.

**FG:** Jedoch Störfälle der niedrigsten Kategorie.

**PG:** Genau. Wenn z. B. eine Schraube verrostet, muss dies gemeldet werden. Zwar besteht kein großes Risiko und ähnliche „Störfälle“ gibt es auch bei Kraftwerken anderer Form, aber dieser Mangel der Kategorie 0 muss gemeldet werden. Das Verteilen von Jodtabletten im Raum Aachen ist stumpfer Populismus und spielt mit der Angst der Bürger. Ich sehe die Problematik gelassener. Die Kraftwerke

*Bildnachweis: Sergey Nivens @ stock.adobe.com*

sind nicht unsicher. Einen Fall wie Fukushima kann man natürlich nie ausschließen, er ist aber sehr unrealistisch.

**FG:** Vor allem in Mitteleuropa ist das sehr unrealistisch. Jedoch muss man ganz klar sagen, dass Atomkraftwerke anderorts schlechtere Sicherheitsstandards haben als in Deutschland. Hier besteht durchaus Handlungsbedarf.

**PG:** Würde sich Deutschland nicht in seine Absolutmeinung zurückziehen, gäbe es bei Gesprächen weniger Probleme, ganz klar. Wir müssen so oder so einen europäischen Energiemarkt anstreben. Das umfasst auch einheitliche Standards. Das ist auch die Haltung der FDP.

**TS: Realpolitisch gedacht. Patrick hat gefordert, sämtliche Subventionen im Energiesektor einzudampfen. Würde ein Abbau von Subventionen gerade bei erneuerbaren Energien nicht ein falsches Signal in die Bevölkerung senden?**

**PG:** Das kommt auf die Verwendung des frei gewordenen Geldes an. Kommt das Geld, z. B. über Steuersenkungen, wieder zu den Bürgern zurück, kann man sich auf dem Markt frei für den besten Energieträger entscheiden. Die einzige Lenkung, die ich für sinnvoll erachte, ist ein Ausstieg aus der Stein- und Braunkohle. Hier dürfte die Ressourcenknappheit alleine schon ein Problem sein.

**FG:** Zwei Punkte dazu: Ich glaube nicht, dass man auf sämtliche Formen von Subvention verzichten kann. Staatliche Lenkung ist auch im wirtschaftlichen Kontext nicht immer sinnlos. Zweiter Punkt: In diesem Fall sollte man sich schon darüber streiten, ob Subventionen sinnvoll sind. Wichtig ist mir, dass der Bürger am Ende mehr Geld zur Verfügung hat.

**TS: Vielen Dank für das Gespräch!**

Interview geführt durch: **Tim Schütz (22)**, Referent für Kommunikation und Politik bei einem großen Baukonzern. Zudem ist er Beisitzer im Landesvorstand und Bundesarbeitskreisleiter für die Themen Umwelt, Verkehr und Bau. Ihr erreicht ihn unter: **tim.schuetz@julis-nrw.de**

**Patrick Guidato (34)** ist promovierter Biochemiker und Wissenschaftsmanager und Bezirksvorsitzender der JuLis Ruhrgebiet. Er ist überzeugter Europäer und kämpft für eine liberale Politik mit Zukunftsvisionen. Ihr erreicht ihn unter: **patrick.guidato@googlemail.com**

# NEU DABEI

**Anna Neumann (24)** studiert Germanistik, Geschichte und Politikwissenschaften. Sie ist für die Organisation im Bezirk Westfalen-West zuständig. Ihr erreicht sie unter: **neumann@julis.de**

***Anna Neumann*** wurde bei unserem letzten Landeskongress in Euskirchen neu in den Landesvorstand gewählt. Sie studiert Geschichtswissenschaften, Germanistik und Politikwissenschaften. Was das Bier nach der Antragsdebatte besonders macht, was sie von Quoten hält und wie sie im Landesvorstand zwei Ressorts miteinander vereint, hat sie mir in einem kurzen Gespräch erzählt.

**Hallo Anna! Willst du mir als Einstieg erzählen, wie du überhaupt zu den JuLis gekommen bist?**

Schon zu Schulzeiten bin ich durch die Philosophie in Kontakt mit dem politischen Liberalismus gekommen und war von meiner persönlichen Einstellung schon immer Liberale. Ende 2016 / Anfang 2017 hat mich die offensive Kampagne der FDP mit dem Kernelement Bildung wirklich überzeugt. Ab dem Zeitpunkt war für mich klar: Ich möchte daran mitwirken, dass der Liberalismus auch wieder im Deutschen Bundestag vertreten ist.

**Und was gefällt dir an unserem Verband am besten?**

Die Vielfalt und die tolerante Gesprächskultur, die wir auf Kongressen haben – dass man sehr konträre Meinungen vertreten kann und trotzdem am Ende des Tages zusammen ein Bier trinken geht.

**Hast du ein Projekt, das dir im nächsten Jahr besonders am Herzen liegt?**

Ich hab sogar zwei – einmal die Kommunalwahl 2020. Hierfür möchte ich ein sogenanntes Kommunalwahlforum schaffen, wo unsere Mitglieder interaktiv an der Programmatik mitarbeiten können, Best-Practice-Beispiele ausgetauscht werden und wir als Landesvorstand unterstützend in die einzelnen Kreise hineinwirken. Das übergeordnete Ziel ist dabei, so viele jungliberale Kommunalpolitiker wie möglich in die Parlamente zu bekommen. Das ist mir ein Herzensanliegen.

Als Zweites natürlich die Frage nach Vielfalt im Verband generell. Ich denke, da kann man noch was tun, da ist noch Luft nach oben. Ich bin aber guter Dinge, dass wir als Junge Liberale diejenigen sein werden, die Projekte schaffen und Wege vorgeben – sodass wir das auch ohne Quoten vernünftig hinbekommen.

**Wir machen mal ein kurzes Gedankenexperiment – wenn du dir aus allen anderen Parteien jemanden aussuchen könntest, der seine politische Überzeugung ändert und bei der FDP beitritt – wer wäre das?**

Interview geführt durch **Anne Wickborn (18),** Medizinstudentin an der Universität Düsseldorf, Mitglied des Bezirksvorstandes Aachen und stv. Landesarbeitskreisleiterin für die Bereiche Arbeit/Soziales. Ihr erreicht Sie unter: **anne.wickborn@julis.de**

*Bildnachweis: airdone @ stock.adobe.com*

Lass mich kurz nachdenken. Ludwig Erhard. Oder zählen die „Alten“ nicht?

**Doch, doch, die zählen, den nehme ich. Nächste Frage wäre, welches dein Lieblingsverwaltungsformat in der Programmatik ist – und wieso?**

Programmatik-Pitches finde ich super – insbesondere auch wegen der kurzen und knackigen inhaltlichen Komponente, da bin ich großer Fan von. Ich glaube, kontroverse Diskussionen funktionieren am besten, wenn man ein Thema kurz gepitcht bekommt, ohne sich vorher ewig Gedanken dazu gemacht zu haben.

**Was, außer der Altersgrenze, könnte dich dazu bringen, deine JuLi-Mitgliedschaft zu beenden?**

Sollten sich die Jungen Liberalen auf Bundesebene eine Quote oder ein Synonym von Quoten geben, würde ich vielleicht überlegen, ob sich das noch mit meiner liberalen Grundhaltung vereinbaren lässt (lacht). Ich bin mir aber ziemlich sicher, dass wir das zu verhindern wissen ;-).

**Welches Buch hat dich bis jetzt am meisten zum Nachdenken gebracht?**

Ich hab hier so viele Lieblingsbücher gestapelt, lass mich kurz überlegen. Momentan ist es „1984“ von George Orwell, weil ich mich zurzeit mit einem programmatischen Antrag zum Thema China befasse. Der Überwachungsstaat, der zusammen mit dem Staatskapitalismus als System transportiert werden soll, ist eine topaktuelle Thematik. Auf kurz oder lang werden wir auf einen „Kampf der Systeme“ zusteuern; deswegen gilt es schon jetzt, unsere liberale Demokratie und die Werte, die diese mittransportiert, zu verteidigen. Das Beispiel Hongkong macht die Problematik vor unser aller Augen deutlich.

**Jetzt die letzte Frage – warum hast du dich im Landesvorstand für die Organisation entschieden?**

Ich interpretiere meinen Aufgabenbereich zweischienig. Ich mache auf der einen Seite Orga, bin aber auf der anderen Seite auch programmatisch sehr aktiv und stehe im engen Austausch mit dem Programmatik-Team.

Ich bin selber von Natur aus ein sehr organisierter Mensch und habe unheimlich Spaß daran, neue Veranstaltungsformate auf die Beine zu stellen. Mehr Menschen zu motivieren, zu unseren Veranstaltungen zu kommen, und so eine noch größere Basis von Menschen aufzubauen, die regelmäßig bei uns partizipieren, treibt mich an. Außerdem versuche ich, die Programmatik stärker mit der Organisation zu verknüpfen, und mache quasi programmatische Orga – ich denke, das wird man den Veranstaltungen, die ich organisieren darf, wie dem Women’s Weekend, auch anmerken.

**Ich freue mich drauf! Danke dir!**

5

# NEU DABEI

Bildnachweis: wellphoto @ stock.adobe.com

Interview geführt durch **Anne Wickborn (18),** Medizinstudentin an der Universität Düsseldorf, Mitglied des Bezirksvorstandes Aachen und stv. Landesarbeitskreisleiterin für die Bereiche Arbeit/Soziales. Ihr erreicht Sie unter: **anne.wickborn@julis.de**

***Neu in unserem Programmatik-Team ist seit dem letzten LaKo Paavo Czwikla. Aufgewachsen ist er in Niedersachsen, mittlerweile studiert er Philosophie in Münster. Wie er zu Angela Merkel steht, welche Buchtipps er für den nächsten Urlaub hat und wieso er ein programmatisches Passepartout im besten Sinne ist, lest ihr im Folgenden.***

## Wie bist du überhaupt zu den JuLis gekommen?

Ich bin schon 2013, kurz nach der Bundestagswahl in die FDP eingetreten. Das war aber noch im strukturschwachen Niedersachsen. Ich dachte, ich wäre damit auch bei den JuLis; war ich gar nicht. Das habe ich drei Jahre später herausgefunden, als ich zu einem Landeskongress fahren wollte. Der Landesgeschäftsführer hat mich dann angerufen und ich bin Mitglied geworden.

## Was gefällt dir jetzt, wo du Mitglied bist, an unserem Verband am meisten?

Die Diskussionskultur. Manchmal, wenn ich zu gute Laune habe, schaue ich mir Videos von Juso-Kongressen an. Oder höre Horrorstorys von der JU und ihrer Antragskommission. Und dann

denke ich mir, dass wir eigentlich eine ziemlich geile Truppe sind, wo jeder seine Meinung äußern kann. Auch wenn wir manchmal noch ein bisschen Luft nach oben haben, pflegen wir doch ein sehr respektvolles Miteinander.

## Hast du ein konkretes Ziel oder Projekt, das dir in diesem Jahr besonders am Herzen liegt? Nur eins? Darfst auch zwei sagen.

Ich sag mal zwei, wenn eins davon nicht klappt, hab ich immerhin noch 50 % Erfolg. Zum einen freue ich mich darauf, die kommenden Bundeskongresse programmatisch zu prägen, und bin da sehr zuversichtlich, dass wir das schaffen – unter anderem natürlich mit dem Flat-Tax-Beschluss, auf dessen Umsetzung ich mich sehr freue. Das zweite ist ein ganz persönliches Anliegen, nämlich dass wir im Rahmen der Kommunalwahl die KVK, also die Kreisverbandskonferenz, Anfang 2020 hinbekommen. Auch da bin ich sehr optimistisch und freue mich darauf, um eine bessere Vernetzung der einzelnen Kreise zu erreichen und zu gewährleisten.

## Nächste Frage, vielleicht ein bisschen fies: Wenn du dir aus allen Parteien eine Person aussuchen könntest, die ihre politische Überzeugung ändert und der FDP beitritt – wer wäre das?

Also strategisch gedacht wäre es für die FDP natürlich am gewinnbringendsten, wenn Robert Habeck seine Meinung ändert und uns beitritt. Ansonsten muss ich ehrlich sagen, obwohl das wahrscheinlich dem einen oder anderen nicht so gefällt, ich bin großer Fan von Angela Merkel als Person. Wenn sie sich an der einen oder anderen Stelle noch die richtigen politischen Überzeugungen beschafft, würde ich jemanden wie sie sehr gerne in der FDP sehen.

## Was könnte dich dazu bewegen, deine JuLi-Mitgliedschaft zu beenden? Außer der Altersgrenze, die Antwort ist langweilig.

Wenn die Freien Demokraten eine Bahamas-Koalition eingehen sollten, bin ich tatsächlich raus, denke ich. Ich bin mir aber auch sicher, dass das nicht passieren wird.

## Welches ist dein Lieblings-Veranstaltungsformat – und warum?

Am coolsten finde ich tatsächlich die Kongresse, die wir haben. Vielleicht auch einfach aus dem Grund, weil ein Kongress damals in Niedersachsen meine erste JuLi-Veranstaltung war und für mich eine ganz neue Erfahrung dargestellt hat. Das war etwas komplett anderes als die FDP-Veranstaltungen im doch sehr strukturschwachen Niedersachsen, wo ich die einzige Person unter 50 war, und auch als alles, was ich sonst in meiner Freizeit gemacht habe. Das hat schon bleibenden Eindruck hinterlassen. Unsere Kongresse in NRW sind natürlich noch mal größer als die in Niedersachsen, was mich darin bestärkt hat.

## Und welches Buch hat dich jetzt am meisten zum Nachdenken gebracht?

Also politisch, obwohl das vermutlich eine klassische Antwort ist, „1984“. Das hat bei mir tatsächlich große Spuren hinterlassen. Ich bin der Auffassung, wenn man das liest und danach dem politischen Liberalismus nicht zumindest Sympathien entgegenbringt, ist man ein hoffnungsloser Fall. Ich glaube, das hat mich definitiv für den Schutz der Bürgerrechte und des Individuums sensibilisiert. Ein nichtpolitischer Tipp wären die „Königsmörder-Chroniken“ von Patrick Rothfuss, das ist literarisch wirklich ganz großes Kino.

## Sehr cool, ich habe noch Lektüre für den Urlaub gesucht. Damit sind wir fast durch, zum Abschluss bleibt nur noch die Frage nach deinem politischen Herzensthema.

Finde ich superschwierig, weil ich da eigentlich sehr flexibel bin. Ich bin … hmm. Eigentlich runde ich Beschlusslagen ganz gerne ab. Das klingt ein bisschen arrogant, aber ich schreibe Anträge gerne zu vielen verschiedenen Themen und kann mich auch für verschiedene Themen erwärmen. Mein Hauptantrieb ist nicht ein bestimmtes Thema, sondern eher, die Beschlusslage zu sichten und gegebenenfalls zu verbessern, nachdem man durch Zufall auf ein Thema stößt.

## Prima, das war’s schon. Danke dir!

# „Natürlich muss man über einige Schließungen nachdenken“

## Über den Sinn oder Unsinn von Kultursubventionen

***Das Thema Kultursubventionen ist eines der am heißesten diskutierten Themen innerhalb der Jungen Liberalen NRW. Der stv. Bundesvorsitzende Constantin Borges (CB) und der stv. Landesvorsitzende Léon Beck (LB) lieferten sich hierzu ein Streitgespräch. Das Interview führte Tim Schütz (TS).***

**TS: Bei dem Thema Kultursubventionen haben die JuLis NRW aktuell keine eindeutige Beschlusslage. Wie würde eine solche für dich aussehen, Léon?**

**LB:** Gerade als Jugendorganisation einer Regierungspartei in NRW ist es mir besonders wichtig, dass wir über Kultur reden. Zudem ist für mich der Begriff „Kulturförderung“ deutlich passender, da eine Subvention negativ auf künstlich am Leben erhaltene Wirtschaftszweige anspielt. Der Bereich der Kultur lässt sich jedoch nicht mit herkömmlichen Wirtschaftszweigen vergleichen. Für

**Constantin Borges (24)** ist stv. Bundesvorsitzender für Organisation, langjähriges Mitglied im Landesvorstand und ehemaliger Kreisvorsitzender der JuLis Wesel. Ihr erreicht ihn unter: **borges@julis.de**

eine Beschlusslage sind mir zwei Aspekte wichtig: Auf der einen Seite besitzt Kultur für den Standort NRW einen enormen Wert. Auf der anderen Seite sollten Kommunen aber auch eine Neujustierung anpeilen und sorgsam mit Fördermitteln umgehen. Ich denke da vor allem beispielhaft an eine Erhöhung der Preise für Theaterkarten.

**TS: Du siehst das vermutlich grundsätzlich anders, Constantin, oder?**

**CB:** Entgegen dem, was Léon mir gerne einmal vorwirft, möchte ich zunächst eines klarstellen: Ich bin definitiv kein Kulturfeind! Ich bin gegen extreme Ausweitungen von Kultursubventionen. Man sollte in diesem Zusammenhang auch ganz klar von Subventionen und nicht von einer Förderung sprechen. Wenn ich lese, dass mal wieder 50 Millionen Euro in die Freie Szene gesteckt werden, könnte ich vor Wut platzen. Das Geld der Steuerzahler wäre an anderer Stelle besser aufgehoben. Bildung und Infrastruktur sind nur zwei Beispiele. Dementsprechend müssen Subventionen zurückgefahren werden, damit Förderungen mehr von privaten Trägern übernommen werden.

**TS: Verstehe ich dich richtig, dass du Kultursubventionen also nur zurückfahren möchtest, anstatt diese gänzlich zu streichen?**

**CB:** Ziel muss es sein, sämtliche Subventionen zu streichen. Ich bin mir natürlich bewusst, dass es sich dabei um eine radikale Forderung handelt, die nicht von heute auf morgen umgesetzt werden kann.

**LB:** Deiner Argumentation liegt eine falsche Annahme zugrunde, Constantin. Kultur kann nicht wie andere Wirtschaftssektoren behandelt werden. Auch in früheren Zeiten war Kultur nie frei von Förderung. Auch Grafen und andere wohlhabende Menschen haben dort gezielt Kultur unterstützt auch ohne staatliche Strukturen in dieser Form. Es ist utopisch zu glauben, dass Unternehmen privat die Freie Szene fördern, die von dir noch als negatives Beispiel angeführt worden ist. Nur ohne die Unterwerfung an Marktmechanismen kann Kultur frei und vielfältig sein.

**TS: Darauf ansetzend: Ist es aus deiner Perspektive möglich, auf Basis der Höhe des Förderbedarfs bzw. an der Summe von Besuchern die Qualität von Kultur zu bemessen? Ist das Theaterstück in Moers weniger wert als der „Starlight Express“, Constantin?**

**CB:** Zunächst zu Léon. Ich finde es schrecklich, wenn Liberale so denken. Wieso darf der Staat entscheiden, was förderungsbedürftig ist? Das sollten wir Privatpersonen und dem Markt überlassen. Nun zu der eigentlichen Frage: Die Frage der Qualität ist sehr schwierig und verändert sich stetig. Was heute wichtig ist, kann in 100 Jahren total unwichtig sein. Auch früher sind einige Künstler verarmt gestorben, weil man deren Kunst nicht als förderwürdig angesehen hat zur damaligen Zeit. Wenn man wie Léon argumentiert, könnte man ja auch bei den Rundfunkbeiträgen staatliche Förderungen befürworten.

**LB:** Dazu habe ich drei Punkte. Erstens darf man die unterschiedlichen Perspektiven der Akteure nicht vergessen. Der Staat fördert Kultur, um den Bildungs-Aspekt von Kultur zu erhalten, Künstlern breitere Möglichkeiten zu geben und einen Standortfaktor für NRW zu schaffen. Unternehmen jedoch sind vollkommen legitim profitorientiert. Daher sind unternehmerische Förderungen immer interessengeleitet. Daher frage ich dich, von welchem Unternehmen ein linkes Aktionsbündnis, welches Kapitalismuskritik äußern möchte, bitte unterstützt werden soll.
Zweiter Punkt: Auch der heutzutage sehr erfolgreiche „Starlight Express“ war einmal förderbedürftig. In den 80er-Jahren investierte die Stadt Bochum trotz schwieriger Haushaltslage in das Gebäude und wurde für diese Investition belohnt. Man sollte also

Förderungen für Kultur nie gegen Infrastrukturinvestitionen ausspielen. **Letzter Punkt:** Ich bin klar für die Abschaffung sämtlicher Rundfunkgebühren. Hier sieht man jedoch, dass es auch ohne Förderung ein breites Angebot auf dem Markt gibt. Daher ist es nicht legitim, wenn Bürger in diesem Ausmaß dafür zahlen müssen. Kultur hingegen ist damit nicht zu vergleichen. Alleine die kulturell reiche deutsche Vergangenheit nimmt uns in die Verantwortung, in Kultur zu investieren. Das hat für mich auch etwas mit dem Begriff „Heimat" zu tun.

**Léon Beck (23)** ist Student der Politikwissenschaften, stv. Landesvorsitzender für Presse/Öffentlichkeitsarbeit und Kreisvorsitzender der JuLis Bochum. Ihr erreicht ihn unter: **leon.beck@julis-nrw.de**

**TS: Ich nehme es so wahr, als würden nur wenige junge bzw. arme Menschen z. B. ins Theater gehen, obwohl diese Tickets besonders gefördert werden. Ist es das überhaupt wert?**

**LB:** Ich bin weder alt noch wohlhabend und besuche dennoch regelmäßig Theater. Klar sollte man gemeinsam mit den Kommunen über die konkrete Ausgestaltung reden, aber deine subjektive Wahrnehmung darf kein Argument gegen Kulturförderung sein.

**TS: Aber wenn die Nachfrage doch nicht so groß ist, dafür jedoch wenige wirkliche Kultur-Fans existieren. Macht es nicht mehr Sinn, wenn man nur noch wenige Kulturstätten in NRW fördert, sodass man im Zweifel halt aus Moers nach Köln fahren muss, um ein gutes Theaterstück sehen zu können?**

**LB:** Genau das meine ich mit der konkreten Ausgestaltung. Im Ruhrgebiet gibt es viele Kultureinrichtungen. Natürlich kann man dort über vereinzelte Schließungen nachdenken. Man benötigt keine besonders hohe Operndichte in NRW.

**TS: Die Kulturlandschaft in anderen Staaten, wie den USA, ist deutlich kommerzieller geprägt. Stünde dies den Jungen Liberalen nicht gut zu Gesicht?**

**LB:** Gerade im Ausland besitzen wir einen exzellenten Ruf für unsere Kultur. Nicht zu Unrecht sind wir das Land der Dichter und Denker. Andere Länder in diesem Sektor zu imitieren würde uns enorm zurückwerfen. Einige Elemente würden uns vielleicht im Rahmen eines Kulturmixes guttun, ein kompletter Wandel jedoch nicht. Als Beispiel würde ich die Musical-Landschaft in den USA sehen.

**TS: Nun wieder zu dir, Constantin. Zu der Kulturförderung gehören auch Fördermittel für Musikunterricht für Kinder oder Ähnliches. Wie stehst du dazu?**

**CB:** Musikalische Früherziehung finde ich wichtig und richtig, würde dies jedoch dem Bildungssektor zuordnen. Da benötigen wir mehr Trennschärfe. Hier benötigen wir weiterhin Fördergelder.

**TS: Insgesamt hängen an dem Kultursektor über eine Million Arbeitsplätze. Siehst du diese ohne Fördermittel nicht in enormer Gefahr?**

**CB:** Nein, mit privaten Sponsoren werden viele Arbeitsplätze erhalten werden können. Mit dieser Argumentationsweise hätte man nie den Steinkohlebergbau auch nur zurückfahren dürfen. Auch da hingen Millionen von Arbeitsplätzen dran. Dramaturgen, Theaterpädagogen und sonstige Alimentierte müssen gerade in freien Theatern persönlich daran arbeiten, dass ihr Arbeitsplatz erhalten wird.

**TS: Würde man aus deiner Sicht Erfolge erzielen, wenn man Ticketpreise z. B. für das Theater erhöhen würde?**

**CB:** Preise werden an der Durchmischung von Kultur nichts ändern. Es war schon immer so: Theater sind ein Vergnügen für einige wenige, bezahlt von der großen Masse von Menschen, die niemals in so eine Institution gehen würden. 98 % der Leute zahlen, zwei Prozent gehen hin. So ist es ja leider. Das Angebot muss so ausgerichtet werden, dass mehr Leute Angebote nutzen wollen. Kultur muss kommerzieller werden, auch wenn ich mir keine amerikanischen Verhältnisse wünsche. Da liegt das Problem wohl eher an der geringen Gesamtbildung der Menschen. Außerdem sind an Theatern leider zumeist Kommunisten aktiv. Da lässt sich keine ausgeglichene politische Durchmischung finden. Ich habe übrigens selber drei Jahre in Moers Theater gespielt. Ich lehne es einfach ab, wenn zum tausendsten Mal Shakespeare interpretiert wird. Das sind rausgeworfene Steuermittel und Selbstbespaßung einiger weniger Aufsichtsratsmitglieder oder Kommunalpolitiker.

**LB:** Constantin saugt sich ja hier die Zahlen nur aus den Fingern. Ich sage ganz klar: Diejenigen, die keine Förderungen z. B. als Schüler oder Sozialhilfeempfänger erhalten, sollen in Zukunft mehr zahlen. Es gibt auch Leute, die für gute Musicalkarten bis zu 150 € ausgeben und somit den Saal füllen. Die Definition von musikalischer Erziehung für Kinder als Bildung ist übrigens Rosinenpickerei. Du möchtest zudem auch die Förderung von Bibliotheken beenden, was sicherlich nicht zu begrüßen wäre. Mir ist es in einer lebendigen Demokratie übrigens wichtig, dass man fernab seiner politischen Gesinnung tätig sein darf. Auch wenn Kommunisten Stücke anbieten, muss man das als Liberaler einfach auch aushalten können.

**CB:** Ich möchte noch einmal ein konkretes vorbildliches Beispiel nennen: Ich war einmal in Schwäbisch-Hall in einer tollen Kunstausstellung. Die wurde nicht von der Stadt, sondern von der Industriefamilie Würth gefördert, die große Kulturfreunde sind. Kein Eintritt, keine Steuergelder, so stelle ich mir gelungene Kultur vor. Ich möchte keine Klientelpolitik betreiben. Aber wir sind es unseren Wählern schuldig, dass wir nicht weiter Schulden

Bildnachweis: Nomad_Soul @ stock.adobe.com

fabrizieren, sondern unnötige Subventionen ablehnen. Wir sind da übrigens nicht im Ansatz auf dem richtigen Weg und haben noch viele Aufgaben vor der Brust. Negatives Beispiel für mich sind Kulturprojekte, die von dem Stadtrat gefeiert werden, weil ein angeblich privates Unternehmen, nämlich die Sparkasse, dieses gefördert hat. Die Sparkasse ist letztlich der Staat. So darf das nicht weitergehen, das ist ein Gießkannenprinzip.

**TS: Letzte Frage: Constantin, wenn du mit Léon in einer Koalition wärest – könntest du einen Kompromiss anbieten?**

**CB:** Ja, ich glaube schon. Das Mindeste wäre eine Nicht-Ausdehnung von Kulturförderungen. Durch diese Deckelung und den ausbleibenden Inflationsausgleich würde es langfristig zu einer Senkung kommen. Das würde ich Léon anbieten.

**TS: Guter Kompromiss?**

**LB:** Ich finde es in der liberalen Familie wichtig, über alle Streitpunkte zu sprechen. Ich glaube, es war wichtig, Förderungen für Kultur in NRW anzuheben, weil wir Pro-Kopf-Schlusslicht in Deutschland waren. Dennoch dürfen diese Förderungen nicht unendlich in die Höhe schießen, daher würde ich dem Kompromiss zustimmen und Constantin gerne in das Theater nach Bochum einladen.

**CB:** Deine Einladung nehme ich gerne an. Ich zahle meine Karte auch gerne selbst.

**TS: Vielen Dank für das Gespräch!**

Interview geführt durch:
**Tim Schütz (22)**, Referent für Kommunikation und Politik bei einem großen Baukonzern. Zudem ist er Beisitzer im Landesvorstand und Bundesarbeitskreisleiter für die Themen Umwelt, Verkehr und Bau. Ihr erreicht ihn unter: **tim.schuetz@julis-nrw.de**

# 7 Von Anti-Mobbing und Flat Tax
## – das war der Landeskongress in Euskirchen

***Anträge, Debatte, Party, Wahlen – der letzte Landeskongress in Euskirchen war wie gewohnt ereignisreich. Unser Landesprogrammatiker Alexander Steffen lässt den programmatischen Teil im Interview noch einmal Revue passieren.***

**Alex, über welchen Antrag hast du dich am meisten gefreut?**
Als Landesprogrammatiker habe ich mich natürlich besonders gefreut, dass die Anträge des Landesvorstands zu den Themen Strafvollzug und Mobbing so großen Anklang und Unterstützung gefunden haben. Ansonsten habe ich mich auch vor allem über den Antrag und Grundsatzbeschluss zur Flat Tax gefreut. Es wird Zeit, dass wir JuLis der FDP beim Thema Steuern und Entlastung mehr Druck machen. Deswegen werden wir beim nächsten Bundeskongress vorangehen und unseren Bundesverband davon überzeugen, dass wir dringend eine weitreichende Steuerreform – getragen durch eine Flat Tax – brauchen.

**Und welches Thema hat dir auf diesem Kongress noch gefehlt?**
Das ist schwer zu sagen. Wir hatten eine bunte Mischung von Themengebieten dabei, die auch für verschiedene Ebenen bedeutsam sind. Mir ist es immer ein Anliegen, dass wir auf jedem Landeskongress mindestens eine zentrale Frage beraten, welche für die Landespolitik relevant ist. Für die Zukunft wünsche ich mir ganz unabhängig von strategischen Überlegungen mal wieder eine Initiative zu Gesundheitspolitik. In dem Politikfeld haben wir programmatisch noch Entwicklungspotenzial.

**Wie hast du die Diskussionskultur auf dem LaKo wahrgenommen? Was lief gut, woran müssen wir noch arbeiten?**
Insgesamt hatten wir mal wieder eine gute Debattenkultur und viele Mitglieder, die ihre erste Rede gehalten haben. Bei uns muss sich niemand verstecken – weder als ungeübter Redner noch als Vertreter einer sehr exklusiven Meinung. Ich würde mir allerdings noch wünschen, dass mehr Rednerinnen und Redner bereit sind, Zwischenfragen zuzulassen. Dafür brauchen wir aber auch mehr Zwischenfragen, die wirklich als Fragen gedacht sind. Da darf sich gerne jeder einmal an die eigene Nase fassen.

**Was passiert eigentlich mit den Anträgen, die zur NRW-Beschlusslage werden?**
Das kommt auf die jeweilige Forderung an. Welche politische Ebene betrifft sie, spricht sie einen aktuellen Missstand an oder ist ein langfristiges Ziel formuliert? Insgesamt ist es unser Ziel, unsere Beschlüsse in die FDP zu tragen. Das betrifft bei den JuLis NRW in erster Linie landespolitische Themen. Landesparteitage bieten allerdings nur die Kapazität für rund drei bis fünf programmatische Initiativen pro Jahr. Da muss man eine gute Mischung aus konstruktiven und provokanten Anträgen finden. Beim letzten Landesparteitag haben wir beispielsweise mit dem Antrag zu Uploadfiltern einstimmige Unterstützung bekommen, während wir mit unserer Initiative zur Senkung der Grunderwerbssteuer den Finger voll in die Wunde gelegt haben. Und neben eigenen Anträgen haben wir natürlich auch die Möglichkeit, durch Änderungsanträge weitere Forderungen von uns in Anträgen der FDP unterzubekommen. Alleine beim letzten Leitantrag des FDP Landesvorstands zur Umweltpolitik konnten wir durch Änderungsanträge noch einige unserer Forderungen einbauen.

**Wenn mir Redebeiträge vor allen nicht so liegen, wie kann ich mich sonst noch in programmatische Arbeit einbringen?**
Redebeiträge sind nur die Spitze des Eisbergs in der programmatischen Arbeit. Genauso wichtig und notwendig sind die Anträge selbst. Jeder kann einen Antrag schreiben. Alles fängt mit der Idee an. Was stört mich, was könnte besser laufen, für welches Problem habe ich eine Lösung? Insbesondere für erste Erfahrungen in der programmatischen Arbeit und um andere Mitglieder kennenzulernen, die Interesse an programmatischer Arbeit haben, bieten sich übrigens unsere Landesarbeitskreise an. Schaut einfach mal auf der Homepage rein! Das Reden kommt dann von ganz alleine. Übung macht hier wirklich den Meister.

**Deine Meinung zur LaKo-Party?**
Feiern können wir JuLis einfach! Wer glaubt, dass Politik nichts mit Spaß und Freude zu tun haben kann, muss sich nur einmal unsere Partys anschauen.

**Alexander Steffen (26)** ist Jura-Student an der Universität Düsseldorf. Zudem ist er stv. Landesvorsitzender für Programmatik und Kreisvorsitzender der JuLis Mettmann. Ihr erreicht ihn unter: **alexander.steffen@julis-nrw.de**

**Worauf freust du dich besonders beim nächsten LaKo?**
Auf viele Mitglieder, die ihre erste Rede halten, auf eine ausgelassene Party und auf spannende Beschlüsse. Was ich programmatisch in einigen Bezirken zuletzt aufgeschnappt habe, stimmt mich positiv, dass wir mit dem nächsten LaKo unsere Beschlusslage erneut weiter voranbringen werden.

**Danke für die Antworten!**

***Isabel: Was hat dich dazu bewogen, politisch aktiv zu werden?***

***Lisa:*** Ich bin im Januar 2008 mit 16 Jahren bei den JuLis und der FDP beigetreten, weil es mich störte, dass das Gros der Bevölkerung über Politik nur schimpft, anstatt selbst mitzugestalten. Meine politische Heimat habe ich bei den Freien Demokraten gefunden, weil ich der festen Überzeugung bin und war, dass jeder Mensch das Recht besitzt, nach seinem eigenen Glück zu streben, und daher auch den Weg seines Strebens nach Glück frei wählen können muss. Daher setze ich mich dafür ein, dass Freiheitsrechte von Individuen gestärkt werden, damit Menschen selbstbestimmt und nicht staatlich bevormundet ihr Leben selbst gestalten können.

# „Aus dem Leben einer Ombudsperson“

Lisa Lenz im Gespräch

***Isabel: Was motiviert dich, als Vertrauensperson für die JuLis aktiv zu sein?***

***Lisa:*** Ich entschied mich für meine Kandidatur als Ombudsperson der JuLis in allererster Linie, weil ich dem Verband, in dem ich erwachsen geworden bin und der mein Leben entscheidend mitgeprägt hat, etwas zurückgeben wollte, indem ich mich gerne als alter Hase um die Probleme und Anliegen kümmere und auch darauf achte, dass die Beschlusslage eingehalten wird. Die Programmatik war immer mein Herzensanliegen. Darüber hinaus ist unsere Verbandskultur so lebendig, schön und für viele von uns so prägend, dass es sich lohnt, daran mit allen Kräften zu arbeiten, sie zu erhalten. Einzelne Vorfälle, Streitigkeiten und Probleme dürfen nicht dazu führen, dass am Ende das JuLi-Gefühl, das uns trägt und motiviert, verloren geht.

***Isabel: Gibt es Momente, in denen du deine Entscheidung, Vertrauensperson zu werden, bereust?***

***Lisa:*** Nein. Im Gegenteil, auch wenn es Situationen gibt, die für mich persönlich anstrengend und nervenaufreibend waren, bin ich sehr dankbar dafür, wie viel Vertrauen mir entgegengebracht wurde. Manchmal muss man für einen höheren Zweck auch einmal unangenehme Gespräche führen, die einen selbst auch Überwindung kosten, und Verantwortung übernehmen.

***Isabel: Glaubst du, bei den JuLis häufen sich die Fälle von Belästigung und innerverbandlichen Streitigkeiten mehr als bei anderen Jugendorganisationen?***

***Lisa:*** Um das tatsächlich statistisch zu beurteilen, bräuchte man repräsentative Daten von den JuLis und anderen Jugendorganisationen, in denen alle befragten Personen noch dazu die Wahrheit sagen. Diese Daten gibt es jedoch nicht, sodass die Frage nicht sicher zu beantworten ist. Mein Gefühl sagt mir jedoch Nein. Dass es bei knapp 11 000 Mitgliedern einmal zu Streitigkeiten kommt, ist gesamtgesellschaftlich betrachtet zu erwarten. Dennoch ist es wichtig, jeden einzelnen Fall ernst zu nehmen. Denn für ein betroffenes Mitglied ist es egal, ob bei uns relativ viele oder relativ wenige Probleme existieren. Für den Betroffenen ist ein Streit oder eine Belästigung einfach „großer Mist“ und da muss man Lösungen und Wege finden, wie man damit im Einzelfall umgeht. Darüber hinaus bin ich der festen Überzeugung, dass man als Mitglied einer Partei oder Jugendorganisation, die sich die Freiheit und Selbstbestimmung auf die Fahnen schreibt, einen sehr hohen Anspruch an sich selbst haben muss.

***Isabel: Wie stehst du zur #MeToo-Bewegung? Längst überfälliger Schritt zu mehr Gleichberechtigung und weniger Sexismus oder stellenweise überzogen?***

***Lisa:*** Ich habe eine sehr differenzierte Meinung zu #MeToo. Insgesamt finde ich es gut, dass wir in den letzten 30 Jahren sowohl gesellschaftlich als auch rechtlich einen Wertewandel durchlaufen haben, in der das sexuelle Selbstbestimmungsrecht eines jeden Individuums einen höheren Stellenwert bekommen hat.
Es ist noch gar nicht so lange her, da diskutierte der Bundestag darüber, ob eine Vergewaltigung in der Ehe als solche strafrechtlich zu belangen ist. Auch die kürzlich erfolgte Durchsetzung der „Nein heißt Nein“-Regelung im deutschen Strafrecht war ein Beitrag zum Schutz der Opfer sexueller Übergriffe. In Unternehmen kümmert man sich heute um Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die zum Beispiel von ihren Vorgesetzten belästigt worden sind. Frauen kämpfen dafür, in der Arbeitswelt ernst genommen zu werden, und reden darüber, dass anzügliche Bemerkungen sie verletzen. All diese Veränderungen sind aus meiner Sicht nur deshalb zustande gekommen, weil wir als Gesellschaft das Thema sexuelle Belästigung und sexuelle Übergriffe ein Stück weit enttabuisiert haben und mutige Menschen darüber gesprochen haben, was ihnen passiert ist. Dass #MeToo auch ein Bewusstsein dafür geschaffen hat, dass sich viele Menschen, vor allem Frauen, belästigt, nicht ernst genommen und unwohl fühlen, finde ich daher mehr als richtig. Ich finde auch, ganz unabhängig vom Geschlecht, dass wir Menschen öfters einmal die Perspektiven anderer einnehmen sollten. Das fördert das Miteinander ungemein. Bei aller Sympathie hierfür finde ich es aber auch wichtig, dass man zwischen verschiedenen Formen von Belästigungen und Diskriminierung differenziert. Ein anzüglicher Witz ist geschmacklos, aber doch etwas anderes als sexuelle Nötigung. In vielen Fällen ist evident, dass ein Fehlverhalten vorliegt; im konkreten Einzelfall kann sich eine Person auch einmal belästigt fühlen, weil das Gegenüber sie schlicht und einfach missverstanden hat. ***#MeToo*** differenziert mir hier zu wenig. Darüber hinaus finde ich trotz der Wichtigkeit der Enttabuisierung auch, dass die Unschuldsvermutung nicht nur vor Gericht, sondern auch in der Gesellschaft gelten sollte und man

**Lisa Lenz (28)** ist die Bundesombudsperson der Jungen Liberalen. Ihr erreicht Sie unter: **lenz@julis.de**

als Gesellschaft Vorverurteilungen nicht gutheißen sollte. Auch jemand, der zu Unrecht eines sexuellen Übergriffs beschuldigt wird, ist ein Opfer und leidet darunter.

***Isabel: Belästigung und Mobbing gehen durch Social Media heutzutage bis in die eigenen vier Wände hinein. Was empfiehlst du Leuten, die Opfer von Onlinemobbing werden? Wie kann man am besten damit umgehen?***

***Lisa:*** Präventiv sollte man die Sicherheitseinstellungen seiner Social-Media-Accounts checken und möglichst wenig persönliche Daten, wie die Handynummer, im Netz herausgeben. Ich empfehle, bei konkretem Vorliegen von Onlinemobbing sich Hilfe zu holen. Bei echten Fällen von Onlinemobbing sollte aus meiner Sicht Strafanzeige gestellt werden (§107c StGB kann hier zum Beispiel Abhilfe schaffen). Daher sollte man alle fraglichen Aussagen screenshotten und als Beweismittel sichern. Zusätzlich sollte man mit guten Freunden darüber sprechen, diese können in einer akuten Situation eingreifen, die Täter zur Rede stellen und in die Defensive treiben, zum Beispiel, indem sie Beiträge melden oder Aussagen entkräften und zeigen, dass so ein Verhalten nicht gutgeheißen und toleriert wird. Fragliche Beträge sollten bei Facebook, Instagram und Co gemeldet werden. Private Nachrichten sollten ignoriert werden. Belästigende Personen sollten gesperrt oder blockiert werden. So viel zur technischen Abwehrstrategie. Wichtig ist aber in solchen Situationen auch, dass der oder die Betroffene psychisch damit selbst fertig wird. Hier helfen Gespräche mit vertrauten Personen. Bei Bedarf ist es auch keine Schande, sich professionelle Hilfe zu suchen und Dinge zu tun, die einem selbst guttun und das eigene Selbstwertgefühl stärken. Insgesamt gilt, jeder Fall von Cybermobbing ist anders und man muss im Einzelfall schauen, wie man damit am besten strategisch verfährt.

***Isabel: Zu guter Letzt: Wenn du dir eine Sache von den bzw. für die JuLis wünschen könntest, was wäre das?***

***Lisa:*** Ich wünsche den JuLis mehr Gelassenheit. Manchmal treten Konflikte bei den Jungen Liberalen aufgrund von eigentlichen Nichtigkeiten auf. Wir sollten uns öfters ins Gedächtnis rufen, dass wir alle gemeinsam für die Idee der Freiheit des Individuums kämpfen und Politik für die meisten von uns ein sehr schönes Hobby ist, das Grabenkämpfe und persönliche Angriffe niemals rechtfertigt. Aber in sehr vielen Fällen kriegen wir das auch schon ziemlich gut hin.

**Isabel Kraemer (19)** ist Medizinstudentin und Kreisvorsitzende der JuLis Warendorf. Im JULIMAGAZIN ist sie Ressortleiterin für Interviews. Erreichen könnt ihr sie unter: **isabel.kraemer@julis.de**

*Bildnachweis: Good Studio stock.adobe.com*

# „Schulleiter dürfen nicht zum Spielball des Ganzen verkommen“

## Über den Drahtseilakt zwischen Schulpflicht und Klimaschutz

*Kaum ein Thema prägte die letzten Monate so sehr wie die Debatte um den Klimaschutz. Besonders die „Fridays for Future“-Bewegung rückte dabei in den Mittelpunkt der Diskussion. Léon Beck (LB) sprach dazu mit der NRW-Bildungsministerin Yvonne Gebauer (YG).*

**LB: Frau Gebauer, heute geht es um ein Thema, welches an Aktualität kaum zu überbieten ist: Fridays for Future. Was, glauben Sie, ist in dem vergangenen Jahr passiert, dass plötzlich alle Schüler zu Umweltschützern geworden sind?**

**YG:** Der Beginn dieser weltweiten Bewegung war mit Sicherheit Greta Thunberg. Seit Dezember 2018 haben sich auch Schülerinnen und Schüler aus NRW bei Protesten angeschlossen und demonstrieren. Ich habe direkt seit Beginn gesagt, dass ich das politische und gesellschaftliche Engagement zum Wohle des Klimas sehr unterstützenswert finde. Als Schul- und Bildungsministerin muss ich jedoch auch ganz klar auf die Bildungspflicht hinweisen, die auch für diejenigen gilt, welche sich an Freitagen während der Schulzeit freimachen, um an den verschiedensten Orten zu demonstrieren.

**LB: Eine der am häufigsten gestellten Fragen ist bei den Jungen Liberalen, wann Bußgelder für das unentschuldigte Fernbleiben von der Schule angehoben werden. Was sagen Sie zu dieser Idee?**

**YG:** Vom Bildungsministerium wird der Interessenskonflikt zwischen Demonstranten und denjenigen, die sich stärkere Sanktionen wünschen, nicht in dieser Form gesteuert. Es gibt bereits jetzt Sanktionsmöglichkeiten, die mit einem persönlichen Gespräch beginnen und über zusätzliche Aufgaben innerhalb der Schule weitergeführt werden. Hier sollen die Schüler vor allem den entgangenen Stoff aus dem Unterricht nacharbeiten. Final kann auch ein Bußgeld aufgrund der Ordnungswidrigkeit verhängt werden. Ich habe großes Vertrauen in die Lehrerschaft und in die Schulleitungen und glaube, dass nicht sofort bei jedem Vergehen mit der Androhung eines Bußgeldes begonnen wird. Man sollte auf der anderen Seite aber auch das große Thema Umweltschutz mehr in den Unterricht einbauen. Diese Möglichkeiten bietet der Rahmenlehrplan eindeutig. In diesem Zusammenhang könnte eine Demonstration auch als außerordentlicher Lehrort genutzt werden, um weitere Unterrichtsstunden vorzubereiten oder nachzubereiten. Das darf freitags jedoch nicht Standard werden.

**LB: Was halten Sie von Schulleiterinnen und Schulleitern, die die Teilnahme an Demonstrationen sogar klar fördern und den Schülerinnen und Schülern keinerlei Sanktionen androhen?**

**YG:** Es ist immer die Frage: Für was stellen Schulen ihre Schüler aktuell frei? Aktuell dreht sich alles um Fridays for Future. Es gäbe aber genug wichtige Ziele, für die man neben dem Klimaschutz auf die Straße gehen könnte. Wer entscheidet an dieser Stelle, wie wichtig dieses Thema ist und ab wann Schüler freigestellt werden dürfen? Da dürfen Schulleiter auch nicht zu einem Spielball des Ganzen verkommen. Es muss eine strikte Grenze geben, welche die Schulleitungen einhalten müssen.

**Yvonne Gebauer**

**LB: Gab es von der Seite von Fridays for Future den Wunsch, sich mit Ihnen persönlich auszutauschen?**

**YG:** Von beiden Seiten gab es den Wunsch. Insgesamt wurde sich bereits drei Mal mit dem Staatssekretär Mathias Richter und mir ausgetauscht. Ich habe mich beispielsweise im Rahmen der Didacta in Köln [Bildungsmesse, d. Red.] kritischen Fragen der jungen Menschen gestellt und einige der Schüler auch in das Ministerium eingeladen. In dem Austausch wurde unter anderem aber auch klargestellt, dass ich als Bildungsministerin nur bedingt aktiv an der Umweltpolitik mitwirke und meine Aufgaben in dem Hinweisen auf Aspekte wie das Einhalten der Schulpflicht liegt. Eine wichtige Frage von unserer Seite war, wann die Forderungen der Schüler erfüllt wären, sodass nicht weiter demonstriert werden müsste. Der ursprüngliche Ansatz war es ja, Aufmerksamkeit für das Thema Klimaschutz zu erzeugen. Diese Aufmerksamkeit ist inzwischen seit Dezember wirklich jedem zuteilgeworden. Jeder Bürger weiß um Fridays for Future und um deren Intention. Ich hatte das Gefühl, dass sich die Schüler durch die Frage

**Léon Beck (23)** ist Student der Politikwissenschaften, stv. Landesvorsitzender für Presse/Öffentlichkeitsarbeit und Kreisvorsitzender der JuLis Bochum. Ihr erreicht ihn unter: **leon.beck@julis-nrw.de**

nach dem Ende der Demonstrationen zum ersten Mal wirklich mit dieser Frage beschäftigt haben. Sollen wir so lange weitermachen, bis auch das letzte Ziel unseres Maßnahmenkatalogs erfüllt ist? Wann ist aber auch möglicherweise der Moment erreicht, in dem eine Übersättigung vorhanden ist, in der die eigentliche Intention verfehlt wird? Ich habe den Schülerinnen und Schülern auch gesagt, wie schade es wäre, wenn am Ende des Tages die Gesellschaft die Demonstrationen nur noch belächelt.

**LB: Glauben Sie, dass sich die politische Kultur zu einem Beharren auf Maximalforderungen entwickelt? Ich glaube, die Abkehr von dem Kompromiss-Denken schadet der Produktivität der Debatte.**

**YG:** Zunächst einmal finde ich es wichtig, wenn junge Menschen deutlich machen, dass sie mit gewissen politischen Punkten nicht einverstanden sind. Es gibt zahlreiche Möglichkeiten, dies zum Ausdruck zu bringen: Sich in Jugendorganisationen formieren und dort arbeiten, oder man kann auch auf die Straße gehen. Ich finde dies an Nachmittagen oder am Wochenende auch überhaupt nicht problematisch. Als nächster Schritt müssen jedoch die Entscheidungsträger an den Tisch geholt werden. Da stellt sich die Frage, was die Maximalforderung ist und ab welchem Punkt man mit gewissen Kompromissen zufrieden ist. Jede Organisation muss das für sich selbst wissen. Bei Greta Thunberg muss man ja auch wissen, dass ihre offizielle Schulpflicht bereits zu Ende ist und sie sich nun ein Jahr Pause nimmt. Sie hätte z. B. auch eine Ausbildung beginnen können. Wer mündige Bürger haben möchte, die später einmal wegweisende Entscheidungen treffen können, benötigt das Wissen, welches in der Schule vermittelt wird.

**LB: Abschließend noch eine Frage: Finden Sie es problematisch, dass sich die Demonstrationen inzwischen mit anderen Bewegungen vermischen? Bei „Ende Gelände“ sieht man beispielsweise sehr deutlich, dass sich dort überwiegend Menschen tummeln, die bewusst unser bestehendes System zerstören möchten.**

**YG:** Ich finde das eine gefährliche Entwicklung. Manche Schüler lassen sich instrumentalisieren. Wir haben von der Seite des Bildungsministeriums mit einer Mail an die Schulen darauf hingewiesen, dass Eltern ihre Kinder für die Risiken wie mögliches Gewaltpotenzial oder andere Aspekte sensibilisieren müssen. Was ich abschließend sagen kann, ist, dass die Schülerinnen und Schüler mit viel Verantwortung darauf reagiert haben. Es ist wichtig, sich nicht in einen Sog zu begeben oder sich für andere Ziele instrumentalisieren zu lassen und dabei stets friedlich zu agieren.

**LB: Ein schönes Schlusswort; vielen Dank für das Interview!**

*Bildnachweis: PPstock @ stock.adobe.com*

Bildnachweis: Christian Schwier @ stockadobe.com

*Das Thema der Verbeamtung von Lehrern mag für viele Außenstehende nicht im Fokus der politischen Debatte stehen. Bei den Jungen Liberalen NRW ist es dennoch eines der am häufigsten und wildesten diskutierten Themen. Hier streitet Joachim Krämer (JK), Bezirksvorsitzender der JuLis Köln/Bonn und Lehrer an einem Gymnasium, mit Nils Mehrer (NM), Vorsitzender der Liberalen Schüler. Das Gespräch führte Tim Schütz (TS).*

# „Ich denke nicht schlecht von Lehrern!“

## Über Sinn oder Unsinn der Verbeamtung von Lehrern

***TS: Das Thema Verbeamtung von Lehrern ist ein echtes Highlight-Thema bei den JuLis NRW. Wie sieht die aktuelle Beschlusslage aus und wie beurteilt ihr diese?***

**JK:** Die aktuelle Beschlusslage sieht vor, die Verbeamtung für Lehrer aufzuheben bzw. Lehrer irgendwann nicht mehr zu verbeamten. Ich bin gegen diesen Beschluss. Lehrer sollten verbeamtet sein. Der Lehrer geht einer wichtigen Aufgabe des Staates nach und besitzt besondere Rechte und Pflichten ihm gegenüber. Ein Beamter ist in dieser Hinsicht nicht mit einem normalen Arbeitnehmer gleichzusetzen. Der Staat muss gewisse Aufgabenbereiche, wie den gesamten Justizsektor, angehen, weil es ähnlich wie bei der Polizei um Menschenleben geht. Ich sage aber auch ganz klar, dass es bei dem Lehrerberuf auch um Menschenleben geht. Lehrer prägen den gesamten Bildungsweg eines Menschen und sollten daher ein besonderes Treueverhältnis zum Staat besitzen.

***TS: Das siehst du vermutlich anders, Nils?***

**NM:** Natürlich. Ich halte unsere Beschlusslage für richtig. Es muss ein Angestelltenverhältnis zwischen Lehrer und Schule geben. Damit gibt man zunächst den Schulen mehr Autonomie. Joachim hat recht, es handelt sich um eine wichtige und ehrenwerte Aufgabe für den Staat. Dennoch ist der Vergleich mit der Polizei oder Justiz schwierig. Gerade weil die Aufgabe des Lehrers so wichtig ist, sollten sie nicht verbeamtet werden, damit z. B. bessere Sanktionsmöglichkeiten der Schule gegenüber dem Lehrer herrschen können. Verbeamtete Lehrer haben mehr Anreize, Aspekte wie Dienstunfähigkeit auszunutzen, als neue Konzepte auszuarbeiten.

***TS: In NRW haben wir gerade an Haupt- und Realschulen einen Lehrermangel. Würde eine Aufhebung der Verbeamtung nicht diese Probleme verstärken?***

**NM:** Das glaube ich nicht. Nur weil die Verbeamtung aufgehoben werden soll, wird der Beruf ja nicht gleich unattraktiv. Ohne eine Verbeamtung werden Lehrer, die einen besseren Job machen, belohnt und steigern so die Qualität des Berufes. Der Aspekt ist vor allem in einer Zeit, in der sich die Ansprüche an das Bildungssystem verändern, besonders wichtig. Wer nicht von Herzen Lehrer, sondern Beamter werden möchte, ist in diesem Beruf ohnehin falsch.

**JK:** Die Schwierigkeit bei dem Vorschlag von Nils ist, dass eine staatliche Schule nur begrenzte Ressourcen und ein geringes Budget hat, um mit jedem einzelnen Lehrer einen Vertrag auszuhandeln. Ein größeres Budget lässt sich auch mit gutem Wirtschaften nur schwer erreichen, da alle Schulen durch Steuergeld finanziert werden. Es ist schwierig, einigen Lehrern sehr viel zu zahlen, weil andere Lehrer automatisch deutlich weniger verdienen dürften. Die Schwierigkeit lässt sich gut an dem Fach Informatik zeigen: In der freien Wirtschaft kann man um Längen mehr verdienen als in der Schule. Hier kann die Sicherheit einer

Verbeamtung ein Anreiz sein, sich dennoch für den Lehrerberuf zu entscheiden. Wobei ich nicht denke, dass Lehrer sich haupt-

**Joachim Krämer (28)** ist Gymnasial-Lehrer an einer Schule in Köln. Zudem ist er Bezirksvorsitzender in Köln/Bonn. Ihr erreicht ihn unter: **joachim.kraemer@julis-nrw.de**

sächlich über das Finanzielle motivieren lassen. Der normale Lehrer arbeitet zudem mehr als bloß acht Stunden pro Tag an fünf Tagen in der Woche. Man kann z. B. bei dem Korrigieren einer Klausur im Abitur nicht nach einer bestimmten Zeit den Stift fallen lassen wie in anderen Berufsverhältnissen.

**NM:** Klar, ein Großteil der Lehrer mag nicht bloß aus finanziellen Gründen den Beruf ergreifen. Man kann da aber nicht für alle Lehrer sprechen. Zudem ist nicht jeder Überzeugungstäter automatisch ein guter Lehrer. Wenn ich an meine Schulzeit denke, fällt mir aus der neunten Klasse ein sehr passendes Beispiel ein: Wir hatten in Zeiten eines Lehrermangels einen Quereinsteiger, der dem Beruf nicht gewachsen war. Zwar war er rein fachlich stärker aufgestellt als viele Kollegen, konnte den notwendigen „Stoff“ aber nicht vermitteln. Ich glaube, an diesen Stellen muss es deutlich leichter sein, Lehrer zu sanktionieren und gegebenenfalls leichter aus dem Schulbetrieb zu entfernen. Das wäre ohne eine Verbeamtung besser möglich. Zudem können innovative Unterrichtsformen leichter umgesetzt werden. Wer seit zehn Jahren denselben Unterricht mit demselben Lohn wie ein besserer Lehrer mit besseren Unterrichtsformen macht, sollte nicht belohnt werden dürfen.

***TS: Aktuell wird beispielsweise der Lehrer in Duisburg-Marxloh, der im Vergleich zu einem Lehrer in einem besser konstituierten Stadtteil einen deutlich härteren Job hat, nicht besser entlohnt. Zudem zahlt sich besonders engagierter Unterricht in Bezug auf Aufstiegschancen wenig aus. Könnte hier eine Nicht-Verbeamtung nicht ansetzen, Joachim?***

**JK:** Zunächst noch einmal zu Nils: Du nennst sehr viele Einzelbeispiele. Für jeden schlechten Lehrer kann man mindestens ein Beispiel von guten Lehrern nennen. Das hilft uns in der Debatte wenig weiter. Dass es viele Probleme in dem gesamten Bildungssektor gibt, steht außer Frage. Die Verbeamtung ist daher nicht der einzige zentrale Streitpunkt. Ein Vorteil von verbeamteten Lehrern ist beispielsweise der Zwang, mit dem man Lehrer an Problemschulen bringen kann. Dies ließe sich bei angestellten Lehren nicht so einfach lösen. Ich kann übrigens auch verbeamtete Lehrer bei ausbleibenden Leistungen o. Ä. loswerden. Hier ist es aufgrund des Kündigungsschutzes in Deutschland sogar bei manchen angestellten Lehrern schwieriger, schlechte Arbeit zu sanktionieren. Problematisch ist bei Schulen in Problembezirken auch oft ein Budget, welches nicht größer ist als das einer Schule in wohlhabenden Stadtteilen. Demnach könnte man auch ohne Verbeamtung als Lehrer hier weniger verdienen. Die fehlenden Aufstiegschancen innerhalb einer Verbeamtung treffen so auch nicht zu: Am Gymnasium beginnt man als Studienrat und kann aufsteigen zum Oberstudienrat, Studiendirektor und Oberstudiendirektor. Möglicherweise muss die Beförderung in Zukunft z. B. durch eine stärkere Einbindung von didaktischen Fähigkeiten reformiert werden, aber innerhalb des Beamtenverhältnisses. Ich sehe ein weiteres Problem in der Definition eines „guten Lehrers“. Ist ein Lehrer dann gut, wenn seine Schüler besonders gute Noten schreiben? Wenn man hier, wie Nils, böse denkt, würde es plötzlich viel mehr Einsen geben als zuvor. Alternativ müssten die Schüler den Lehrer bewerten. Auch dieses System ist manipulierbar.

**NM:** Ich denke nicht schlecht über Lehrer. Du hast recht, es gibt zahlreiche gute Lehrer. Ich glaube aber, wenn wir uns diese guten Lehrer ansehen, müsste man diesen bessere Bedingungen anbieten. Damit aus einem guten Lehrer ein noch besserer wird, braucht es mehr Wettbewerb zwischen Schulen, aber auch zwischen den einzelnen Lehrern. Zudem stellst du es so dar, als wäre es besonders einfach, Lehrer aus dem System zu bekommen. Wie hoch die Hürden in diesem Falle sind, müsstest du als Lehrer auch wissen. Jetzt sprichst du von einem Zwang, Lehrer an Problemschulen zu schicken. Ich bin der Überzeugung: Zwang aufgrund des Beamtenstatus führt zu einer noch niedrigeren Motivation. Mit welcher Motivation wird sich dieser Lehrer neue Konzepte ausdenken? Oder mit welcher Motivation wird er vielmehr die Dienstunfähigkeitsversicherung nutzen, um diesem Job aus dem Weg zu gehen, bis er vielleicht eine bessere Schule für sich gefunden hat? Die schwarz-gelbe Landesregierung hat jetzt zahlreiche Talentschulen initiiert. Warum nutzen wir hier nicht das höhere Budget, um Lehrern dort bessere Bezahlungen anzubieten, damit diese eine höhere Motivation besitzen? Das ist sinnvoller als Zwang.

***TS: Zwang an dieser Stelle eher eine Chance oder ein Kritikpunkt, Joachim?***

**JK:** Beides. Menschen werden nie gerne gezwungen. Der Staat muss jedoch die Schulpflicht umsetzen. Wenn ich an einem Ort zu wenig Lehrer habe, kann ich ausgleichen, indem ich Lehrer aus Orten nehme, an denen eher zu viele Lehrer tätig sind, um die Schulpflicht umzusetzen. Hier liegt noch vor guter Bildung die höchste Priorität. Möglicherweise sorgt eine bessere Bezahlung für besseren Unterricht. Der Philologenverband, also der Lehrerverband, sieht in Studien dennoch zahlreiche weitere Punkte: zu viele Stunden, zu viele Aufgaben außerhalb des Unterrichts oder Ähnliches. Wir dürfen den größten Player auf dem deutschen Privatschul-Markt nicht vergessen: Schulen mit kirchlicher Trägerschaft. Diese haben i. d. R. deutlich mehr Geld zur Verfügung und könnten so ohne Verbeamtung Lehrer von anderen Schulen abwerben. Wir haben also nicht mehr Lehrer, die in dem Szenario von Nils in Marxloh arbeiten, sondern weniger. Das kann nicht unser Anspruch sein.

***TS: Siehst du einen Wettbewerbsvorteil für private Schulen ohne Verbeamtung, Nils?***

**NM:** Nicht unbedingt. Man muss zunächst einmal fragen, wie viele Schulen überhaupt in kirchlicher oder privater Trägerschaft sind. Ich denke, wir reden hier immer noch über eine Minderheit. Am Ende wird auch bei privaten Schulen die Bezahlung nicht extrem abweichen. Ich sehe das große Problem an dieser Stelle nicht. Vielmehr könnten Vorteile z. B. in der technischen Ausstattung liegen.

**Nils Mehrer (18)** ist Landesvorsitzender der Liberalen Schüler und stv. Kreisvorsitzender in Dortmund. Ihr erreicht ihn unter: **nils.mehrer@julis-nrw.de**

***TS: Wie sieht eigentlich das konkrete Vorgehen bzw. der Zeitplan aus, sollte eine Verbeamtung aufgehoben werden? Ist die Übergangsphase aus Lehrern in Verbeamtung und denen ohne eine solche nicht schwierig?***

**NM:** Nach wie vor wird man Lehrer nicht der Verbeamtung wegen. Eine Aufhebung heißt für mich nicht, dass bereits verbeamteten Lehrern dieser Status genommen wird, sondern ein Stopp von Neuverbeamtungen. Dem Joachim möchte ich seine Verbeamtung nicht wegnehmen. Ich sehe es als Vorteil, wenn die Phase überwunden wird, in der verbeamtete Lehrer mit nicht verbeamteten Lehrern konkurrieren müssen. Anders gesagt: Bereits heute gibt es Lehrer, die in höheren Tarifgruppen einsteigen, als Lehrer, die vor einigen Jahren in den Beruf gekommen sind. Ich denke also nicht, dass im Zuge einer Reform große Probleme entstehen werden.

Nils nimmt immer eine gleichbleibende Bezahlung an. Ich verstehe in diesem Zusammenhang nicht, warum man die Verbeamtung aufheben möchte. Ich dachte immer, der Sinn bestünde in höheren Vergütungen. Bleibt das Budget gleich, würden Lehrer weniger verdienen, weil z. B. Sozialzahlungen dazukommen. Reden wir aber nicht nur über Geld, sondern die besondere Rolle dem Staat gegenüber. Wer das bundesweite Einheitsabitur möchte, schafft das nur über staatlich gesicherte Bedingungen innerhalb der Verbeamtung. Mir ist es besonders wichtig, dass alle verbeamteten Lehrer einen Eid auf das Grundgesetz schwören mussten. Ich halte das nicht für banal.

***TS: Glaubst du nicht, dass der Eid aus der Zeit fällt und die Nähe zum Staat nicht nur Vorteile mit sich bringt?***

JK: Die Treue zu unserer Demokratie und dem Grundgesetz steht für mich außer Frage und fällt auch nicht aus der Zeit. [Björn] jemand darf niemals wieder unterrichten. Hier sieht man, wie wichtig es ist, das Grundgesetz zu leben und zu lehren.

***TS: Angenommen, ihr beide müsstet nun in Koalitionsgesprächen einen Kompromiss finden. Welcher wäre das – oder „besser nicht regieren als falsch regieren?“***

**JK:** Ich würde versuchen, das Konzept der Privatschulen in den Fokus zu rücken. Auch hier haben Lehrer einen beamtenähnlichen Status, jedoch nicht dem Staat gegenüber. Ein Teil der Finanzierung muss zudem von dem privaten Träger selber aufgebracht werden. Diese geschaffene Freiheit, dass Schulen sich die besten Lehrer abgreifen können, gibt es bereits jetzt, sollte jedoch stärker in den Fokus rücken. Mehr Privat, weniger Staat.

**NM:** Am Ende geht es nicht um die Namen, sondern um das, was dahintersteckt. Wir brauchen mehr Sanktionsmöglichkeiten, mehr Wettbewerb und mehr Eigenständigkeit. Schulen müssen selber entscheiden, was sie ihren Lehrern zahlen. Es kann nicht sein, dass Beamte früh aus dem Dienst ausscheiden und so Kindern keine gute Bildung ermöglichen können. Mit der Verbeamtung gibt es mehr Lehrer, die keine Lust haben, sich und den Unterricht weiterzuentwickeln.

***TS: Das klingt eher nach langen Koalitionsgesprächen. Vielen Dank für das Gespräch!***

Interview geführt durch: **Tim Schütz (22)**, Referent für Kommunikation und Politik bei einem großen Baukonzern. Zudem ist er Beisitzer im Landesvorstand und Bundesarbeitskreisleiter für die Themen Umwelt, Verkehr und Bau. Ihr erreicht ihn unter: **tim.schuetz@julis-nrw.de**

DKV

**Mein Gesundheitstipp:**

Vorteile clever kombinieren.
Gesetzlich versichert – privat behandelt.

**BestMed Kombitarife zur GKV.**
Zusatzversicherung für gesetzlich Versicherte.

**Einfach anrufen:**
**0179 4691889**

**Alle DKV-Produkte gibt es auch bei:**
**Sebastian T. Stachelhaus**
www.ergo-stachelhaus.de
0179 4691889
Alte Rather Str. 108, 47802 Krefeld

Der Gesundheitsversicherer der ERGO

*Ich vertrau der DKV*

renew europe.

# Für Euch in Europa.

## Danke für Eure Unterstützung im Wahlkampf!

Wenn Du Lust hast, europäische Politik hautnah zu erleben, dann bewirb Dich jetzt für ein Praktikum in meinem Büro im Europäischen Parlament. Schick mir Deinen Lebenslauf und Anschreiben an moritz.koerner@europarl.europa.eu

Moritz Körner
Für Euch im Europaparlament –
Vollmitglied im Innen- und Haushaltsausschuss

© Renew Europe 2019